

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) St.-Peter-Hauptstraße

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Martiner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Ausbau der St.-Peter-Hauptstraße wurde mit Baubeginn Sommer 2010 geplant. Die dafür notwendigen begleitenden Maßnahmen im Bereich des Hochwasserschutzes und der Kanalsanierungen Petersbach sowie die notwendigen Arbeiten in den Bereichen Kanalisierung und Ableitung von Oberflächenwässern entlang der St.-Peter-Hauptstraße sollten mit Sommer 2009 beginnen. Also jetzt.

Laut Gemeinderatsstück sollte sich das Ausbauvorhaben über rund 1,1 km Länge vom Kreuzungsbereich mit der Petrifelderstraße bis zur Einbindung Sternäckerweg im Bereich der Waldorfschule erstrecken. Weiters heißt es: Die angesprochenen Kreuzungen sind dabei jeweils Projektbestandteil. Neben dem Straßenausbau und der wasserbautechnischen Sanierung dieses Bereiches werden begleitend dazu von Seiten des Landes auch Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt.

Die Umsetzung sollte in enger Abstimmung mit der Sanierung des Gerinnes des Petersbaches im Bereich zwischen Peterstalstraße und Petrifelderstraße, der Sanierung der St. Peter Hauptstraße im Abschnitt von der Petrifelderstraße bis zur Petersbergenstraße erfolgen und sollte zudem besonders auf die verkehrstechnische Situation (Umleitungen, Zufahrtsmöglichkeiten) im betroffenen Gebiet Rücksicht nehmen.

Bis dato wurde aber nur die Sanierung Petersbach bis zur oben genannten Kreuzung genehmigt. Dies führt zu einer massiven Verzögerung in der Bauausführung und gefährdet die Baufertigstellung mit Herbst 2010, da eine Sanierung des Petersbaches unter der Kreuzung St.-Peter-Hauptstraße und Peterstalstraße bis zur Kreuzung Petrifelderstraße und St.-Peter-Hauptstraße eine Sperre des Kreuzungsbereichs notwendig macht und diese aus frequenztechnischen Gründen nur in den Sommerferien-Monaten erfolgen kann.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

worin sich diese Verzögerung begründet, wie der aktuelle Zeitplan für den Ausbau der St.-Peter-Hauptstraße aussieht und womit Sie die daraus zu erwartenden resultierenden Kostensteigerungen zu finanzieren gedenken.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Drohende Schließung von Postämtern

GR. **Martiner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Martiner**: Nach einigen Wochen der Orientierungsphase ließ am 3. Juni das Post-Management in einem Gespräch mit Ihnen, Herr Bürgermeister Nagl, die sprichwörtliche Katze aus dem Sack: Mit 10. Juli sollen in Graz nunmehr Filialen geschlossen und mit anderen Postämtern zusammengelegt werden. Betroffen sind die Filialen in der Kasernstraße, der Triesterstraße, der Rösselmühlgasse, der Peter-Tunner-Gasse und der Straßgangerstraße.

Zwar wurde vom Bürgermeister für diese Maßnahme Verständnis signalisiert, doch von fast allen anderen Gemeinderatsfraktionen wurde gegen diesen Kahlschlag scharfer Protest erhoben. Und das aus gutem Grund.

Denn damit würde eine in Jahrzehnten gewachsene Struktur, die zu einer der Säulen der sogenannten Nahversorgung zählt und auf die Tag für Tag tausende Menschen angewiesen sind, mit einem Federstrich zerstört.

Mit dem Rechenstift im Auge und dem Dienstwagen in der Garage mag es aus der Perspektive der Herren Manager zwar zumutbar sein, vier, fünf Kilometer oder mehr zurücklegen zu müssen, um in Zukunft zum nächsten Postamt zu gelangen – aber

wie schaut das mit jenen vielen tausend GrazerInnen aus, die nicht derart mobil sind, weil sie nicht oder nicht permanent über einen Pkw verfügen?

Diejenigen, die vielleicht nicht mehr so gut zu Fuß sind, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mit dem Rad fahren können? Was ist mit jenen, die sich für diese Kurzstrecke die ÖV-Karte gar nicht leisten können, sofern zwischen Wohnung und Postamt überhaupt eine einigermaßen akzeptable Linienverbindung fährt?

Deshalb ist aus unserer Sicht diese Ausdünnung nicht akzeptabel. Denn es ist zu befürchten, dass dies erst der Anfang gewesen sein könnte: Spricht man doch bei der Post davon, dass in Graz noch einige weitere Filialen defizitär wären.

Auf jeden Fall darf seitens der Stadtpolitik eine Verschlechterung der postalischen Versorgung der Bevölkerung nicht widerspruchslos hingenommen werden.

Zwar konnte die von Infrastrukturministerin Doris Bures ausgearbeitete Gesetzesnovelle, wonach in Zukunft Postfilialen nur noch dann geschlossen werden dürfen, wenn der jeweilige Bürgermeister seine Zustimmung dazu erteilt, jedoch aufgrund des Widerstands der VP konnte dieser Vorschlag nicht beschlossen werden – dennoch wäre es ein wichtiges Signal gegenüber dem Postmanagement, wenn auch der Grazer Bürgermeister dieses Vorhaben des Postmanagements ablehnt.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, umgehend gegenüber dem Postmanagement und dem Infrastrukturministerium diese Schließungen, die mit 10. Juli in Kraft treten sollen strikt abzulehnen, da diese Schließungen eine unzumutbare Verschlechterung der Versorgung der Grazer Bevölkerung bedeuten würde und zu Lasten tausender Menschen geht, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Ich habe bei den Gesprächen, die die Post mit der Stadt Graz geführt hat auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen, mich auch immer bemüht, gleich alle Klubs einzuladen, um aufzuzeigen, in welchem Dilemma wir hier stecken. Der Vorschlag, man möge den Bürgermeister quasi oder die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Österreich mit der Macht ausstatten, nein sagen zu können bei einem Unternehmen, das österreichweit agiert, kann ja aus meiner Sicht wirklich nicht ernst genommen werden, weil so kann kein Unternehmen überhaupt geführt werden, weil dann hast du ja de facto, kein Bürgermeister wird einer Schließung eines Postamtes zustimmen, das heißt, das was hier als letzter Versuch in der Causa, noch halbwegs glaubwürdig zu bleiben, vorgeschlagen wurde, ist für mich konkret auch im Leben eines Unternehmens nicht machbar. Wir haben ein Dilemma deswegen, weil es darum geht, in einem liberalisierten Postmarkt ab dem Jahre 2011 ein Überleben unseres Postunternehmens sicherzustellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort arbeiten, auch künftig einen Job haben. Es gilt auch sicherzustellen eine postalische Grundversorgung der Menschen, weil wir wissen, dass im liberalisierten Markt, der da kommen wird, sich manche Große die Hauptgeschäftsfelder herausholen werden, aber nicht bis in den letzten Graben der Steiermark oder Österreichs dann letztendlich auch die Post austragen werden, weil das bringt ja dann auch Defizite. Die Post hat gesagt, wir wollen fair mit allen umgehen, sie hat uns beim ersten Mal schon gesagt, dass sie nicht irgendjemanden beauftragt haben, sondern FH Joanneum gesagt haben, bitte schaut euch einmal an, wie können wir verantwortungsvoll mit dem Thema in Graz umgehen. 29 Postfilialen, auf die Bevölkerung bezogen, mehr als alle übrigen Städte Österreichs, von denen 16 defizitär sind, ist natürlich ein Auftrag auch für die Verantwortlichen bei der Post. Nach Gesprächen haben sie einmal zugesichert, dass es zu keinem Arbeitsplatzverlust kommen wird. Sie haben zugesagt, dass rund 3,2 Millionen Euro in die bestehenden Postfilialen investiert wird, vor allem auch in jene, die dann zusammengelegt werden und dass diese Finanzierungen möglichst vorgezogen werden, damit sie auch bei den Zusatzgeschäftsfeldern, die sie brauchen werden, um zu überleben, auch mithalten zu können. Sie haben uns klar und deutlich gesagt, dass sie diese fünf Postämterzusammenlegungen in Graz durchführen werden, schon vor einem Jahr, dann kam durch den Nationalratswahlkampf eine Bremse hinein, aber mir war klar, sie werden wieder kommen, und wenn man den

Mitarbeitern eine Chance geben will, auch hinkünftig dabei zu sein, da muss man irgendwann einmal über die Defizite reden. Wir haben uns alle politisch klar dagegen entschieden. Ich bin aber auch einer, der da relativ offen, und ehrlich sagt, wenn wir dem Unternehmen in der Form nicht auch bei Rationalisierungsüberlegungen helfen, werden wir ab 2011 ein Schicksal erleben, wie wir es leider von einigen anderen Paradeunternehmen Österreichs gerade miterleben müssen. Wenn ich an die Diskussionen um die AUA denke, ist mir niemals wohl ums Herz, weil es mir einfach weh tut, was da an Filetierung zum Schluss passiert, wo man dann Riesenunternehmungen mit enormen Investitionsvoluminas dann um einen Euro auf einmal bekommen kann. Ich habe klar gesagt auch der Post, dass ich mir das nicht wünsche, wir haben es Ihnen gemeinsam gesagt, es wird nur nichts helfen, weil die derzeit gesetzliche Bestimmung sagt ja nur, dass mit uns zu verhandeln sei, aber ohne Konsequenz. Das was wir herausverhandeln konnten de facto und ab, glaube ich, 1. Juli wird es in die Umsetzungsphase gehen, also der Aufruf kommt, wenn ich so sagen darf, noch immer rechtzeitig, ich kann den auch wiederholen, aber die Post hat uns klargemacht, dass sie das durchführen wird, sie hat den gesetzlichen Auftrag, uns zu informieren, quasi erledigt und deswegen wird es jetzt noch im Juli zum Schließen und Zusammenlegen dieser fünf Postamtsbereiche kommen. Es ist davon auszugehen, es war immer die Frage, können wir da nicht noch Postpartner finden und vieles mehr, da sagt man halt, diesen Kannibalisierungseffekt auf Grund der vielen Postämter, die wir in Graz haben, gibt es eh schon, wenn es ein paar weniger sind, dann werden wahrscheinlich auch wieder mehr profitabel sein. Und so wird es sich jetzt auch im nächsten Monat umsetzen, das heißt, wir werden zum Verlust dieser fünf Filialen kommen, das steht jetzt de facto fest und die Post wird auch den Einwand, den wir gemacht haben gemeinsam, auch ich allein, nehmen sie hin, aber sie werden das tun. Die einzige Chance wäre gewesen, auch auf Ministeriumsebene generell zu sagen, wie viele es sein sollen. Wir haben uns gemeinsam schwer getan zu argumentieren, weil wir in Bezug auf das Benchmarking in Österreich, in allen Städten, halt wirklich auch noch ein besonders großes Postfilialnetz in Graz haben. 29, auf die 255.000 Einwohner gerechnet, hat sonst keine andere Gemeinde und keine andere Stadt. Ich möchte da ehrlich bleiben, also wir werden diesen Zug nicht mehr aufhalten, informiert wurde, es wird einige Menschen treffen, weil sie eigentlich nicht so mobil sind, wobei ich aber auch dazusagen möchte, dass das auch ein besonderer Punkt war, den die

Postverantwortlichen mithineingepackt haben in die Überlegungen, weil sie doch geschaut haben, dass die Postfilialen, die jetzt da zusammengelegt werden, möglichst an Punkten sind, die besser erreichbar sind durch den öffentlichen Verkehr. Das war natürlich auch ein Kriterium, auf das wir Wert gelegt haben. So wird das passieren, wir werden es nicht mehr aufhalten (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich war bei der sehr kurzfristig einberufenen Informationsstunde in deinem Büro anwesend, ich schätze deine ehrlichen Worte, aber mir sind die zu wenig. Wenn ich mir veranschauliche, dass von den 29 Postamtsstandorten in Graz 16 laut Joanneum Research auf der defizitären Seite stehen und fünf jetzt geschlossen werden, wie angeführt Kasernstraße, Triester Straße, Rösselmühl-, Peter-Tuner-Straße und Straßganger Straße, dann denke ich mir, was passiert mit den elfen, die dann übrig bleiben auf der roten Liste, weil ich höre die Schalmeienklänge, man werde sanieren, man werde die Palette des Angebotes erweitern, man werde sogar daran denken, Samstagsvormittagsöffnungen in Erwägung zu ziehen, ich höre das gerne, aber ich traue dem Frieden nicht. Denn weitere stehen wahrscheinlich zur Schließung an, ich denke im Bereich St. Peter – Waltendorf zum Beispiel, vorläufig nicht so schnell, aber durchaus auf der Liste Ragnitz. Aber mir geht es gar nicht um diese Tatsache, mir wäre es lieb gewesen, wenn der Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Österreichs, lieber Siegfried Nagl, der auch in einer sehr wesentlichen Städtebundfunktion hier in Österreich wirkt, und wie wir das gesehen haben in Leoben/Bruck an der Mur, wenn der sich auf die Schienen gehaut hätte und das neue Postmarktgesetz,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Herper:** Na ja, nicht auf Schienen gehaut, aber wenn er sozusagen dem Postfuchs auf die Sprünge geholfen hätte, wenn du dich eingesetzt hättest, dass es zu einer Einigung über das neue Postmarktgesetz gekommen wäre zwischen SPÖ und ÖVP im Ministerart, denn das neue Gesetz sieht strengere Regeln vor, nämlich künftige strenge Regelungen und es wäre vielleicht nicht zur Schließung im Stadtbereich von Graz gekommen, wenn es jetzt am 11. Juli in Kraft tritt. Das neue Postmarktgesetz sieht nämlich die Entlohnung der Zusteller vor, die künftig einen Kollektivvertrag der Güterbeförderer, und es soll zu keinem Lohndumping kommen. Es sieht strengere Reglements vor für Schließungspläne, weil jetzt läuft nämlich das Moratorium, das der vorige Infrastrukturminister Faymann ausgesprochen hat, aus, und diese Zwischenzeit kein Postmarktgesetz weniger strengere Reglements werden jetzt genutzt, um Postämter in Österreich und vor allem auch, nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in den Städten zu schließen. Die Forderung war nämlich von der Infrastrukturministerin Doris Bures, bis zum Inkrafttreten des neuen Gesetzes, das strengere Regelungen für Schließungen vorsieht, den BürgermeisterInnen das Recht zu geben, Einspruch zu erheben, nämlich um die Zustimmung der BürgermeisterInnen zu ringen, das wäre mir auch recht gewesen. Bevor wir jetzt am 11. schließen, wäre mir recht gewesen, wenn du den Einspruch getätigt hättest, um zu sagen, bis hierher und weiter nicht, und wenn das Postmarktgesetz in Kraft tritt, dann die neuen strengen Reglements einzuhalten und danach zu prüfen, auch im Interesse der POST AG, nämlich eine solche Verzögerung schafft nämlich das Inkrafttreten des neuen Postmarktgesetzes, erstens Versorgungsverunsicherung in der Bevölkerung selbst, wenn ich daran denke, in dem sozialen Schwerpunkt Gries, da müssen die Menschen zwischen 900 Meter und 1.700 Meter in Zukunft sich auf den Weg machen und das ist für Ältere, für Behinderte, für nicht so Aktive gar nicht so einfach, wenn ihr Lebensumfeld dauernd von Schließungen bedroht ist (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Die GreislerInnen, die Geschäftsleute, die Geschäfte schließen, die Postämter machen zu, das ist ja für sie ein Zusammenbruch einer halben Welt, das muss man ja auch unter sozialem Umfeld sehen und deswegen halte ich das ja für einen Wahnsinn derzeit. Die Verunsicherung ist jetzt in Kraft, weil das Postmarktgesetz im Ministerium keine Einigung zwischen SPÖ und ÖVP gekommen ist und ich finde, das ist auch schlecht für die Post AG insgesamt und auch für die neuen Marktteilnehmer, wenn die Liberalisierung des Marktes im Jahre 2009 in Kraft tritt. Alles in allem, es ist schlecht

gemacht und ich hätte mir gewünscht, Herr Bürgermeister, du hättest dich an die Spitze gesetzt, um auch in der eigenen ÖVP Sorge zu tragen, dass die Sicherheit in Richtung der Post AG gesichert bleibt im Hinblick auf die Postkonsumenten und im Hinblick auf die Stadtbewohner in Graz. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Herr Klubobmann Herper hat das Wesentliche gesagt, es ist nicht zu ergänzen, dass es natürlich in der Hand der damaligen schwarz/blauen Bundesregierung gelegen ist, diese Schritte zur Liberalisierung zu vermeiden, die uns jetzt vor dieses Problem stellen und es ist deshalb vielleicht auch eine für Graz nicht unwesentliche Frage, abgesehen von den persönlichen Infrastrukturverschlechterungen, die die Menschen in Liebenau, in Gries, in Lend erleben, dass wir offensichtlich, Herr Bürgermeister, völlig unterschiedliche Vorstellungen von Versorgungssicherheit und von öffentlicher Infrastruktur haben. Aus unserer Sicht sind Postämter Grundversorgungsbereiche und daher sollten sie überhaupt nicht zur Disposition stehen. Ich kenne die genaue Studie des LMJ nicht, sie wurde mir nicht zur Verfügung gestellt, aber ich weiß aus vielen, vielen Bereichen, wie Overhead-Kosten zugeordnet werden, wie Wirtschaftlichkeitsdebatten und Rechnungen aufgestellt werden, ich kenne das, ich kann das auch und ich bin daher überhaupt nicht überzeugt, dass diese Rechnungen die Grundlage dafür sein dürfen, dass Menschen, und ausgerechnet gerade in Bezirken, in denen nicht die Reichen wohnen auffälligerweise, dass Menschen von der Grundversorgung ausgeschlossen werden, so weit so schlecht. Das was mich, abgesehen davon, dass der Bürgermeister mir die Aufmerksamkeit nicht schenken möchte, in dem Zusammenhang jetzt mir wirklich gegen den Strich geht...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

StR. Dr. **Riedler**: Inwieweit du blind und taub bist, lieber Kollege Grosz, mag ich nicht beurteilen, ist mir relativ wurscht. Wenn der Bürgermeister immer wieder einmahnt, dass die Debattenbeiträge Aufmerksamkeit verlangen dürfen, dann scheint es mir doch auch nicht zuviel verlangt zu sein, wenn der Bürgermeister selbst die Aufmerksamkeit, insbesondere, wenn er persönlich angesprochen ist, schenkt. Ich meine, dass es von einer besonderen Bedeutung für diese Stadt wäre, wenn wir einen Bürgermeister hätten, der hier klare Worte im Sinne der Grundversorgung der Grazer Bevölkerung finden würde und weniger Verständnis für angebliche, vorgebliche betriebswirtschaftliche Argumente, die von der Post vorgebracht werden. Und das ist ganz, ganz einfach, die Menschen brauchen diese Versorgung, sie wird ihnen im Moment entzogen und das ist meiner Meinung nach, da hat Karl-Heinz Herper sicher Recht, ein erster Schritt zum Entziehen von Grundversorgung und es werden dem weitere Schritte folgen, wenn wir uns nicht gemeinsam, und da haben wir ja das Angebot gemacht, das gemeinsam zu machen, einen Schulterschluss zu proben, wenn wir nicht gemeinsam auftreten auch gegen manchmal störrische Bundesparteiinteressen, die offenbar bei der ÖVP es nicht möglich machen, die notwendigen Schritte zu setzen, und wenn jetzt noch mit der Liberalisierung argumentiert wird, wo bei jeder Gelegenheit auch konservative Politikerinnen und Politiker anführen, dass es in Wirklichkeit die Liberalisierung ist, die uns in die großen Schwierigkeiten dieser Tage, wirtschaftlichen Schwierigen dieser Tage geführt hat, dann scheint es mir doch bemerkenswert, dass aus der ÖVP Graz nicht der Hauch einer Initiative, trotz einer ganzen Reihe von Nationalratsabgeordneten übrigens, nicht der Hauch einer Initiative gekommen ist, um diesen falschen Schritt, den wir wirtschaftlich im Nachhinein teuer bezahlen werden, zu verhindern. Insofern bedaure ich deine Ausführungen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn man die Ehre hat, hier in diesem Gemeinderatssaal den Vorsitz zu führen, dann hat man auch meistens Gelegenheit, bis zu 14 Stunden hin sehr aufmerksam zuzuhören, meistens auch ganz allein auf der Regierungsbank über viele Strecken und ich lasse mir das nicht so gerne ausrichten, dass wenn jemand mit einer Frage hier auf mich zukommt, dass ich dann nicht zuhöre. Ich habe mich auch bemüht, da zuzuhören und solche Worte, die du gewählt hast, finde ich da

nicht ganz richtig und angebracht (*Applaus ÖVP*). Angriff war immer noch die beste Verteidigung, lieber Karl-Heinz, weil wenn der Herr Bundeskanzler höchstpersönlich, auch zuständig für den Bereich der Postschließungen vor der letzten Wahl und jetzt zuständig für die Republik Österreich, angekündigt hat, dass es zu keinen Postamtsschließungen kommen soll und wir heute ganz andere Fakten am Tisch haben, dann will ich da nur eines noch einmal betonen, wir haben gemeinsam der Post mitgeteilt, dass wir diese Ämterschließungen nicht wollen, klarer geht es nicht, wir wollen sie nicht. Ich habe darauf hingewiesen, dass es hier nicht Manager waren, die ohne jegliche Verantwortung uns was vorgelegt haben, sondern dass sie sich sehr bemüht haben, auf viele Punkte, die uns auch wichtig sind, zumindest Rücksicht zu nehmen. Und ich will hier noch einmal betonen, und das ist mir auch nicht unwesentlich, dass das oder die Art und Weise, wie es gemacht wird, klar in Gesetzen geregelt ist und diese Gesetze lassen de facto uns keinen Spielraum. Ich würde es aber auch wirklich persönlich für falsch halten, wenn die Unternehmensüberlegungen für ein staatliches Unternehmen, wo ich einen Standort aufmachen und zumachen kann, von jeweiligen Bürgermeistern oder Gemeinderäten abhängig ist, so kann man auch ein Unternehmen niemals führen, das würde noch schneller in einem liberalisierten Markt, und über das können wir lange reden, auch über Daseinsvorsorge, zu der ich mich bekenne, ich will haben, dass die Leute in Postamt haben (*Applaus ÖVP*), ich will haben, dass sie möglichst schnell hinkommen und das habe ich auch immer gesagt, aber ich werde nicht zum Pharisäer werden, ohne auch da herinnen zu betonen, dass sich diese Menschen bemüht haben, auch sehr bemüht haben, im Übrigen die Volkspartei hat 8000 Unterschriften gesammelt und abgegeben und auch übergeben den Personalvertretern, die genauso wenig erreicht haben. Und wenn ein Bundeskanzler in der Republik wirklich will und das aufhalten will, dann wäre es wahrscheinlich auch durchaus möglich gewesen. Aber das zu delegieren und zu sagen, die bösen Buben, den schwarzen Peter schieben wir dann hinaus zu den Bürgermeistern, ist auch kein verantwortungsvoller Umgang (*Applaus ÖVP*), ich mische mich nicht besonders gerne in Staatsunternehmen ein. Summa summarum, es wurde uns angekündigt, dass, glaube ich, ab dem 10. Juli diese Zusammenführungen sind, der Gemeinderat hat es relativ klar bekannt, auch alle auf der Regierungsbank, dass wir es nicht wollen, aber unser Muskel wird zu klein sein, um das aufzuhalten, weil die gesetzliche Regelung, wie gesagt, nicht da war (*Applaus ÖVP*).

StR. Dr. **Riedler**: Herr Bürgermeister, wahrscheinlich hast du nicht Unrecht damit, dass der Zug abgefahren ist. Ich möchte dir trotzdem sagen, wenn eine Anfrage an dich gestellt wird und dazu die Debattenbeiträge kommen, ist es auch eine Frage des Geschicks der Sitzungsführung, den Wortmeldungen zuzuhören. Ich weiß, dass du es nicht gerne hörst, wenn du damit konfrontiert wirst, aber bitte nimm es trotzdem zur Kenntnis und das Zweite, was ich dir sagen muss ist, natürlich gab es einen Eigentümerversorger der Post, der tatsächlich Einfluss nehmen hätte können, der hieß Willi Molterer, ein guter Freund von dir, mit dem du dich regelmäßig ja auch getroffen hast, unter anderem vor Finanzausgleichsverhandlungen, da hast du dir die Mühe gemacht, mit ihm selber zu sprechen und es wäre ihm natürlich möglich gewesen, hier einzuschreiten. Hat er nicht gemacht, hast du vielleicht gemacht und zu wenig erreicht, aber das muss man schon noch feststellen: Wer ist heute zuständig und Eigentümerversorger, das ist der Bundesparteiobermann, aber das Entscheidende ist der Eigentümerversorger, der natürlich einschreiten kann, wie ihr ja auch jetzt immer wieder beweist. Ich glaube dem Bürgermeister sehr gerne, dass er kein Pharisäer sein möchte, ich möchte es ihm auch nicht unterstellen, dass er bewusst pharisäerhafte Haltungen einnimmt, aber wenn er schon zitiert, dann erinnere ich mich sehr, sehr gut an einen Gemeinderatswahlkampf, als dieser Bürgermeister behauptet hat und angekündigt hat, er würde eine Strompreiserhöhung verhindern und sechs Monate später, nämlich nach der Wahl, sind die Strompreise der Energie Graz auch tatsächlich schon gestiegen gewesen, so war es, das ist halt ein Verhalten, das tatsächlich zu kritisieren ist.

Zwischenruf GRin. Gesek: Was hat der Strom mit der Post zu tun?

StR. Dr. **Riedler**: Und damit will er sich nicht konfrontieren, dem weicht er aus, immer wenn es heikel ist, ist unser Bürgermeister nicht zu Stelle, muss man leider zur Kenntnis nehmen. Jedenfalls meine ich, dass es im Zusammenhang bei der Post andere Möglichkeiten gegeben hätte und es ist Faktum, dass die

Nationalratabgeordneten der ÖVP keine Initiative gesetzt haben, um die notwendige....

Zwischenruf GR. Gesek: Was haben Sie getan?

StR. Dr. **Riedler**: Na, die Bures hat sehr viel getan, ich habe mit der Kollegin Bures gesprochen, im Gegensatz zum Herrn Bürgermeister, das ist halt der Riesenunterschied, aber danke für die Frage, hat mir die Gelegenheit gegeben, das zu beantworten, das ist der Unterschied zwischen den Fraktionen, die ÖVP ist noch immer machtgläubig und opfert dafür die Infrastruktur dieser Stadt, das ist die Wahrheit (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Stadtrat Dr. Riedler, du weißt ja, dass der Städtebund in Österreich durch den Vorsitzenden Michael Häupl und die vielen sozialdemokratischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch geprägt ist, die werden nicht umsonst dem Siegfried Nagl am letzten Städtetag in der Steiermark den Vorsitz über die Daseinsvorsorge anvertraut haben, wenn ich da nicht durchaus österreichweit schon über Jahre Bekenntnisse abgelegt hätte (*Applaus ÖVP*). Im Übrigen nehme ich an, dass es manchen politischen Mitbewerber durchaus ärgert, dass ich immer zur Stelle bin, wenn es um die Grazerinnen und Grazer und deren Wünsche geht und ich möchte da hier noch einmal betonen...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Danke Sigi, kann man nur sagen.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glaube, man muss in einem Punkt der Post zuhören und der ist nicht unwesentlich. Welche Geschäftsvoluminas erwarten sie sich von den kommenden Jahren und das ist schon dramatisch, wie sich das beim Postamt verändert, jetzt auch schon. Wenn du zwischen 10 % und 20 % Minus hast beim normalen Briefverkehr schon pro Jahr, die Krise wird das vielleicht sogar noch verschärfen, weil da unternehmerisch weniger Werbung etc. gemacht werden wird, dann muss ja das Unternehmen in irgendeiner Form auch reagieren, und wenn man wirklich wollte, kann man in der Daseinsvorsorge einen Schachzug machen, den wir in Graz auch machen, aber dazu hat sich die Politik auch in Wien nicht bekannt und jetzt, ganz wurscht, ob ÖVP oder SPÖ oder sonst jemand, wir haben gesagt, uns ist der Bereich der Daseinsvorsorge im Verkehrsbereich wichtig, also nehmen wir Gelder aus dem Strom- und Wasserbereich und finanzieren das. Was der Bund nicht gemacht hat, ist zu sagen, ich nehme Gelder aus dem Bereich der Telekommunikation und schiebe sie hinüber in den Bereich des Postbereichs. Jetzt kann man dann anmerken und sagen, lasst das die Europäische Union überhaupt zu, ich glaube eh nein, aber dort hätten die Bestrebungen hingehen sollen, dass man nicht auf der einen Seite in Unternehmensbereichen enorme Gewinne macht und auf der anderen Seite aber jenen, die besonders personalintensiv sind, dann überlässt und sagt, ihr müsst das einfach in irgendeiner Form schaffen. In Graz gibt es ordentliche Minusbeträge bei der Mehrzahl der Filialen und ich will das Postkonzept in keinsten Weise verteidigen, Herr Klubobmann, mir geht es darum zu sagen, es ist schade, dass es so passiert, ich hätte es aber als Abputzen empfunden, wenn man sagt, die Bürgermeister sollen jetzt ja oder nein sagen in einem staatlichen Unternehmen, das kann es nicht sein. Also ich glaube, der Vorschlag war so ein bisschen Flucht nach vorne, es ist das nicht gut gelaufen, ich hoffe, dass die Grazerinnen und Grazer aber jetzt ein neues Service bekommen und dass man dann halbwegs damit leben und ich möchte eines verhindern, dass von diesen Postämtern, die jetzt noch negativ sind, weitere geschlossen werden. Ausschließen tut das ehrlicherweise von den Postmanagern, die bei uns waren, niemand, sie haben alle gesagt, es können weitere folgen, aber sie rechnen damit, dass auf Grund

der Zusammenlegung einige davon auch wieder einen positiven Beitrag erreichen werden (*Applaus ÖVP*).

3) Emissionen aus Mobilfunkanlagen

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Haas-Wippel**: Belgien hat seine Grenzwerte für Emissionen aus Mobilfunkanlagen gesenkt. Die neuen Werte sind 14-mal niedriger als die in Österreich gültigen Richtlinien. Grundlage für den radikalen Schritt in Belgien ist eine Studie, die gesundheitliche Belastung durch Handystrahlung anhand von Tierversuchen nahe legt.

Vor Belgien hatten bereits Italien und Luxemburg die Grenzwerte gesenkt, in Liechtenstein soll bis 2013 der Grenzwert um 90 Prozent gesenkt werden.

In Graz soll nun eine flächendeckende Versorgung mit Hot Spots mit freiem Internetzugang eingerichtet werden. An Haltestellen, Straßenlaternen, in Parks und öffentlichen Plätzen unter anderem sollen WLAN-Stationen installiert werden.

Experten – wie zum Beispiel der Strahlenforscher Hans-Peter Hutter vom Institut für Umwelthygiene der Medizinischen Universität Wien – warnen aber vor derartigen WLAN-Stationen, bevor mögliche Risiken nicht genau untersucht werden.

Wenn die WLAN-Stationen auch eine geringere Abstrahlung als Handymasten haben, können Gesundheitsrisiken für Menschen nicht ausgeschlossen werden, da mehr WLAN-Stationen als Handymasten erforderlich sind und dadurch eine stärkere Präsenz und Nähe zum Menschen gegeben ist.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen zur Risikoeinschätzung wurden seitens der Stadt Graz durchgeführt, um ein gesundheitliches Risiko für die Grazerinnen und Grazer auszuschließen?

Wurde eine WLAN-freie Zone rund um Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheimen angedacht?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Hochwasserschutz nur für „VIPs“?

GR. Mag. **Haßler** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nach den internationalen und nationalen Problemen darf ich jetzt wieder ein Problem vortragen, das lokal bedingt ist und wo leider der Bürgermeister nicht so unterstützt hat, wie sich das die Bürgerinnen und Bürger dort in dem Bereich gewünscht hätten. Und zwar geht es um den Bereich Webling in Straßgang, um den Hochwasserschutz, konkret um den Bründlbach. Da hat im Juli 2005 die „Grazer Woche“ unter dem Titel: „Hochwasser: Entschärfung des Bründlbachs wird vorgezogen“ eine große Headline gehabt..

4 Jahre und etliche Überflutungen später, hat sich dort die Situation für die AnrainerInnen noch immer nicht gebessert. Vielleicht auch deshalb, weil Thomas Muster, der damals in diesem Projekt sein, ich glaube auch in diesem Gemeinderat, sehr heiß diskutiertes Projekt Musterland durchziehen wollte, er wollte es in unmittelbarer Nähe des Bründlbaches realisieren, und hat in weiterer Folge Graz den Rücken gekehrt. Mit seinem Abgang ist auch das Interesse an den Hochwasserschutzmaßnahmen am Bründlbach verschwunden.

Der Bründlbach wird weiterhin ohne die geplanten Rückhaltebecken in das Weblinger Kanalnetz eingeleitet, was zur Folge hat, dass alleine im heurigen Jahr dutzende Keller bereits zweimal überflutet wurden. Es mag zwar eine Freude sein, wenn man beim Angeln eine Forelle fängt, wenn man sie im eigenen Keller hat, ist es keine große Freude, obwohl es für die Qualität des Bründlbaches spricht.

Mit Recht fragen sich die Weblinger, ob sie Bürger zweiter Klasse sind, wenn Hochwasserschutzmaßnahmen für Promis oder Prestigeprojekte zwar hohe Priorität haben, der Schutz für „einfache“ Grazer Bürger und Bürgerinnen aber offenbar vom Bürgermeister abwärts kaum jemanden besonders interessiert.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

warum wurden die Hochwasserschutzmaßnahmen beim „Bründlbach“ nach dem Scheitern des Projektes „Musterland“ nicht wie vorgesehen umgesetzt und wann ist mit einer Realisierung der Rückhaltebecken zu rechnen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Sie haben im Betreff so schön angeführt, Hochwasserschutz nur für VIPs, Fragezeichen, ich sage auf Grund der Deutung von VIPs ja dazu, weil very important persons sind für mich alle Grazerinnen und Grazer (*Applaus ÖVP*). Es weiß jeder, dass wir in der Landeshauptstadt Graz leider ein Scheitern des Projektes Musterland hatten, aber nicht, weil der Gemeinderat hier, große Teile der Stadtregierung nicht an einem Strang gezogen hätten, um dieses Musterland zu ermöglichen, ein tolles Tenniszentrum in Graz zu bekommen, nein, dieses Musterland ist zuerst in Graz gescheitert, weil der für den Sport zuständige Landesrat gesagt hat, nein, nein, das ziehen wir jetzt wieder ab, obwohl ihr alles umgewidmet habt und wir bringen es hinunter nach Leibnitz und dort werden wir es tun. Mittlerweile ist ja der zweite Flop beim Herrn Landesrat vorprogrammiert, weil ja der Herr Muster gesagt hat, er ist da nicht mehr dabei. Der Herr Landesrat

Wegscheider möchte das trotzdem umsetzen, dann halt ohne Muster, es wird wahrscheinlich ein besonderes Muster von politischem Handeln sein. Ich habe mich damals fürchterlich geärgert, dass mit einem Handstrich oben im Land Steiermark die Bemühungen der Stadt und dem Wunsch des Thomas Muster nicht mehr entsprochen wurde...

Zwischenruf GR. Grosz: Das war der Herr Voves.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...und man endlich, wie bei den Fachhochschullehrgängen für Grazer nichts über gehabt hat und gesagt hat, das was da funktioniert, tun wir hinauf, das kriegt Kapfenberg und das, was in Graz nicht funktionieren darf, tun wir einfach nach Leibnitz oder sonst wohin. Es funktioniert so nicht und deswegen war dieses Scheitern des Musterlandes rein SPÖ-dominiert. Jetzt möchte ich zum Bründlbach selbst kommen. Selbstverständlich ist es beim Hochwasserschutzprogramm so, dass wir versuchen, ein 70-Millionen-Euro-Projekt abzuwickeln. Mit so vielen Schwierigkeiten, gemeinsam Gott sei Dank Hand in Hand mit der Landesabteilung, das funktioniert relativ gut. Wenn es dann ums Geld geht, kommen wir zum Schluss wieder ein bisschen zum Streiten. Schlimm wäre, wenn wir die Bundesmittel, die es gibt, da nicht abholen. Die zuständigen Abteilungen arbeiten mit Hochdruck daran, Herr Wiener steht da, ihr habt tolle Arbeit geleistet, ihr habt mit der Bevölkerung viele Verhandlungen durchgeführt. Wenn nämlich einmal die planerischen Voraussetzungen da sind, kommen dann die finanziellen Probleme, wenn man die auch noch meistern, und da haben wir vieles jetzt schon geschafft, kommen wir letzten Endes zu dem Punkt, wo die Grazerinnen und Grazer ihre Grundstücke abtreten müssen, dort treten dann wirklich Verzögerungen ein, weil keiner gerne sein Grundstück hergibt für ein Rückhaltebecken, und selbstverständlich werden wir dieses gesamte Programm weiter forcieren und umsetzen. Die erfreulichen ersten Auswirkungen haben wir jetzt auch schon gehabt, weil der Abfluss in vielen Bereichen schon so gut funktioniert hat, dass wir jetzt auch nach diesen Regentagen, wie die Zeitung berichtet hat, mit einem „blauen Auge“

davongekommen sind. Nichtsdestotrotz gilt es natürlich das, was der Herr Gemeinderat Haßler uns in Wahrheit da heute sagen will, wieder, kümmert euch drum, dass das ja nicht übrig bleibt, die Bevölkerung dort vor Ort muss natürlich auch vor dem Wasser geschützt werden. Vieles hat leider auch mittlerweile mit Grundwasser zu tun, aber ich glaube, wir sind auf einem guten Weg. Ich wollte nur sagen, ganz klar, wird da nicht unterschieden in Bürger erster oder zweiter Klasse, da musste ich was dazu sagen, aber arbeiten tun wir an dem Projekt (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Haßler**: Ich kann mich jetzt leider nicht bei Ihnen bedanken, Herr Bürgermeister, weil ich habe jetzt in Ihrer Wortmeldung sehr viel über Ihre Befindlichkeit zum Thema Musterland herausgehört, die sicher ihr Koalitionspartner nicht so teilen wird, wie Sie es da vorgebracht haben. Ich habe vernommen, dass alle Grazer VIPs sind und für Sie alle gleich wichtig sind. Bei diesem Projekt werden das die Bürger vor Ort nicht glauben, weil Faktum ist, dass zu dem Zeitpunkt, wie Musterland gebaut werden sollte, eine klare Zusage da war, dass spätestens 2007 diese Rückhaltebecken gebaut sind und jetzt ist ein VIP nicht mehr in Graz, der Thomas Muster, und die anderen VIPs sind nicht mehr so wichtig. Ich kann jetzt, wenn ich jetzt in meinen Bezirk gehe und die Menschen mich dort fragen, wie geht es jetzt weiter, kann ich Ihnen keine klare Antwort geben, weil die wollen von mir wissen, wann diese belastende Situation vor Ort endlich weg ist.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich werde Ihnen, damit Sie es den Bürgerinnen und Bürgern auch sagen können, genau zukommen lassen durch den Dipl.-Ing. Wiener, wie wir am Bründlbach weiterkommen, da werden Sie dann einen genauen Bericht kriegen, ich kann es jetzt im Moment aus dem Stegreif natürlich nicht tun.

5) Entwicklung Graz-Reininghaus

GR. **Schneider** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schneider**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister. Die See von gewagten wirtschaftlichen Unternehmungen ist gerade in Zeiten einer Wirtschaftskrise natürlich eine stürmische und was Graz Reininghaus angeht, das ein sehr wichtiges Projekt für Graz ist, gleichzeitig eine große Chance wie auch natürlich die Möglichkeit, Fehler zu machen. Daher auch meine

A n f r a g e

an Sie, Herr Bürgermeister: Was wollen Sie in dieser Situation bezüglich der Entwicklung von Graz-Reininghaus unternehmen, um sicherzustellen, dass die Stadtentwicklung in diesem Gebiet höchsten städtebaulichen, umwelt- und energietechnischen Standards entsprechen wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, vielen Dank für die Möglichkeit, auch zum Besorgnis erregenden Projekt Graz-Reininghaus jetzt Stellung zu nehmen. Kollege Rüschi und die Frau Vizebürgermeisterin und ich haben eigentlich schon in den letzten Wochen klar gemacht, dass die Stadt Graz nicht bereit ist, einfach nur hier viel hineinzubezahlen, Beschlüsse zu fassen, ohne eine städtebauliche Entwicklung, wie Sie sie auch beschreiben, mitabzusichern. Das Einzige, wozu wir als nächsten Schritt gewillt waren mit dem Team von Herrn Koppenstein und auch mit ihm als nächsten Schritt zu gehen war, dass wir gesagt haben, es wird jetzt Zeit für gemeinsame Anstrengungen im Planungsbereich. Hier haben wir, und das müssen wir uns nächste Woche ganz genau anschauen im Gemeinderat, auch zugestimmt, dass 200.000 Euro die Stadt Graz beisteuert, damit es auch zu jenen Rahmenplanungen kommen kann, die man dort braucht. Was wir alle nicht wollen ist, dass diese Grundstücke jetzt nicht mehr nach den bisherigen Entwicklungsschritten weiter bearbeitet werden, wir möchten nicht haben, dass es filetiert wird und nur dort oder da der eine oder andere Wohnblock entsteht oder das eine oder andere

Unternehmen, und es war eigentlich schon im letzten Jahr klar, dass es ohne große Mithilfe der Stadt Graz überhaupt keinem Investor gelingen wird, dort ein Projekt, das sowohl sozial, städtebaulich, umweltmäßig, also ökologisch und ökonomisch, funktionieren wird, wenn wir nicht dabei sind. Ich gehöre zu jenen Politikern, die versuchen, auch in schwierigen Zeiten da optimistisch zu bleiben, da fällt es einem nicht ganz so leicht, wer die letzten 20 Jahre zum Thema Reininghaus mitverfolgt hat weiß, wir haben immer wieder was entwickelt und dann hat es den Bruch gegeben. Das darf diesmal nicht kommen, weil ich glaube, dass die Vorleistungen von Asset One die richtigen waren. Ich bin deswegen auch relativ optimistisch, weil es ein wunderbares Projekt des EIT gibt, wo unsere Magnifizienz Rektor Sünkel eingereicht hat, mit sechs Universitäten in Europa zum Headquarter für den Bereich der Energiewende zu werden. Einem Forschungsbereich von 1000 Persönlichkeiten, die dort arbeiten können, 300 davon sollten in Graz sein, es geht genau um die Systeme, wie können wir unsere Städte umbauen, dass wir möglichst den Millenniumszielen auch gerecht werden und die Idee ist zu sagen, wir kooperieren, in Graz ist das Headquarter, wir setzen es direkt hinein in Reininghaus, dann wäre nämlich auch das Asset Nummer 1, Asset One, auch wirklich da, dann könnte man gemeinsam mit den Universitäten und mit dem Europaprojekt, wo immerhin 25 % zugeschossen werden, soll jährlich 100 Millionen Euro sein, also es kämen aus dem Europatopf 25 Millionen Euro. Die Betriebe, die hier mit im Projekt drinnen sind, würden weiter über 50 % hinzuzahlen, auch wir werden zur Kasse gebeten werden, wenn das stattfindet, es soll heuer noch entschieden werden. Ein Hearing mit sofortiger Entscheidung, wer den Zuschlag bekommt, ich glaube, wir sind gut aufgestellt, wir sollten alles tun, um Rektor Sünkel und unsere Forscher dabei zu unterstützen, das wäre genau das, was der Herr Scholl dann eigentlich auch immer wollte, nämlich ein besonderes Asset dort zu haben, aber wir haben selbstverständlich immer das Gespräch gesucht, nächste Woche gibt es auch einen Ausschuss, ich glaube, es ist der 1. Juli jetzt, da sind alle herzlich eingeladen, dort haben wir auch den neuen Geschäftsführer, der jetzt dem Herrn Koppensteiner folgt, eingeladen, damit er uns die neuen Sichtweisen darlegt, das Grundstück gehört uns im Moment auch nicht, vielleicht werden wir uns sogar auch einmal daran beteiligen, auch diese Überlegungen sollten wir anstellen, aber ich möchte jetzt von der neuen Geschäftsführung mit Ihnen gemeinsam wissen, wahrscheinlich mit allen gemeinsam wissen, wie gehen wir dort weiter vor, weil wenn da plötzlich alles anders sein soll,

dann brauchen wir auch die 200.000 Euro, die wir beschlossen haben, nicht mehr einsetzen, das wäre allerdings sehr, sehr schade und ich glaube, dass der Entwicklungsprozess bisher super war und den sollten wir auch weiter fortsetzen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider**: Vielen Dank für die Antworten. Ich sehe das genauso, schauen wir hoffnungsvoll in die Zukunft und machen wir auch die entsprechenden Taten, dass das ein gutes Projekt noch wird. Danke sehr (*Applaus Grüne*)

6) Weitere Vorgehensweise bei Genehmigung von Gastgärten

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister. In meiner Anfrage geht es um die Gastgärten. Es gibt ja neue gesetzliche Regelungen, wonach die Gastgärten, die nach 2002 erst bewilligt wurden, auch zusätzlich eine Betriebsanlagengenehmigung brauchen. Diese bekommen sie nur, wenn ein entsprechendes Lärmgutachten vorliegt. Jetzt ist es aber so, es gab ja im Frühjahr eine relativ große Hektik auf Grund dieser neuen Regelung und sehr, sehr vielen Überlegungen, wie das alles machbar sein wird hinkünftig und es sieht so aus, dass das Umweltamt alle betroffenen Gastgärten überprüft hat und da herausgekommen ist, dass einige über den Grenzwerten liegen und es hier auch zu problematischen Situationen kommen kann im Sinne des Lärmschutzes für die AnrainerInnen. Natürlich ist es auch eine schwierige Lage für die Wirte und Wirtinnen, die jetzt schon Gastgärten haben und es ist ziemlich sicher davon auszugehen, dass es hier ein Konfliktfeld geben wird. AnrainerInnenschutz, Lärmschutz und gleichzeitig die WirtInnen, die bis dato keine Probleme mit der Genehmigung hatten. Da Sie ja nunmehr für diesen Bereich auch Verantwortung tragen, meine

Anfrage

an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister: Welche Vorgangsweise ist im Zusammenhang mit der Genehmigung/Nicht-Genehmigung jener Gastgärten, für die ein negatives Lärmgutachten vorliegt, seitens der Bau- und Anlagenbehörde geplant?

Bgm. **Nagl**: Danke vielmals für diese Anfrage. Wir haben jetzt die ersten Lärmgutachten. Ich muss es allerdings geschäftsordnungsgemäß erledigen, weil die nächsten Verfahrensschritte mir jetzt nicht ganz klar sind. Ich nehme an, es wird dann noch Gegengutachten geben und dann werden wir in ein Verfahren kommen, aber ich werde das geschäftsordnungsgemäß offen lassen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Reininghausgründe

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Noch vor wenigen Monaten waren in diesem Haus in Zusammenhang mit den Reininghausgründen fast Jubelstimmen zu vernehmen. In höchsten Tönen wurde die Zusammenarbeit mit der Firma Asset one, die den Großteil der Gründe in diesem Stadtentwicklungsgebiet besitzt, gelobt. Unsere Stimmen erhoben wir weniger euphorisch. Wir warnten davor, dass sich hier eine private Investorenfirma eine goldene Nase verdienen könne, während die Stadt € 200.000,- Euro für externe Planungs- und Beratungskosten übernehmen und in der Folge zudem für Infrastrukturkosten in enormer Höhe aufkommen muss.

Inzwischen hat sich einiges geändert. In Salzburg wurde das Projekt „Sternbrauerei“ mangels Zahlungen der Asset one gestoppt, in Schwechat steht ein Grundstück der Firma Asset one zum Verkauf.

Auch in Graz scheint sich die Zeit der schönen Worte dem Ende zuzuneigen, offen wird von Asset one über einen Verkauf einzelner Grundstücke auf dem Reininghausareal nachgedacht.

Gleichzeitig scheint es auch einen ungenügenden Informationsaustausch zu geben. So hat Ihre Vorgängerin, Frau Mag. Fluch, ein Projekt an Herrn Dipl.-Ing. Dr. Walter Felber vergeben mit dem Titel „Ökostadt Reininghausstadt“, das dieser bereits seit Monaten fertiggestellt hat. In weiten Teilen der befassten Beamtenschaft, insbesondere aber der politischen Entscheidungsträger, scheint diese Arbeit aber völlig unbekannt zu sein.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Welche konkreten und rechtsverbindlichen Verträge zwischen der Stadt Graz und der Firma Asset one sind bereits unterzeichnet, welche Verträge sind noch im Entwurfsstadium?

Wurden den drei Architektenteams, die zu den Themen städtebauliche Nutzung, Grünraum und Verkehr arbeiten, alle bisherigen projektbezogenen Unterlagen zur Verfügung gestellt, konkret die Projektarbeit „Ökostadt Reininghausstadt“ von Dipl.-Ing. Dr. Walter Felber?

Mit welchen Auswirkungen auf das Gesamtprojekt und auf die Stadt Graz ist aufgrund der jüngsten Entwicklungen (Projektstopp in Salzburg, personelle Veränderungen bei Asset one) zu rechnen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich verweise auf den 1. Juli, sprich auf nächste Woche. Ich bitte Sie auch dabei zu sein, da werden wir gleich versuchen, die ganzen Fragen zu beantworten.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Behebung von Abflussproblemen beim Skating-Pool im Volksgarten

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Großer Beliebtheit bei den Skate-Sport-Begeisterten erfreut sich der Skating-Pool im Grazer Volksgarten. Leider steht die Anlage jedoch immer wieder unter Wasser, und zwar nicht nur bei starken Regenfällen, sondern auch noch Wochen danach. Offenbar ist das bestehende System zur Bewältigung der anfallenden Wassermengen unzureichend.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen anzuweisen, für eine Verbesserung des Regenwasser-Ableitsystems beim Skating-Pool im Volksgarten Sorge zu tragen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich muss es geschäftsordnungsmäßig erledigen. Der Umstand ist mir in der Form neu. Danke für die Information und ich bedanke mich auch bei Kollegin Edlinger, die auf der Regierungsbank jetzt mit mir aufmerksam zuhört. Der

Rest hat uns jetzt verlassen und ich würde mich freuen, wenn meine Regierungskollegen dann auch wieder auf die Regierungsbank kämen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Schwerpunktaktionen der Grazer Polizei gegen Drogendealer im Bezirk Lend

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Teilweise wurde diese Anfrage ja schon in der Fragestunde ja schon beantwortet. Trotzdem meine Anfrage betreffend Schwerpunktaktionen der Grazer Polizei gegen Drogendealer im Bezirk Lend.

Nachdem bereits Gemeinderat Heinz Baumann in diesem Hause auf die Drogenproblematik in den Bereichen Sigmundstadl und Volksgarten aufmerksam gemacht hat, trat nun ein besorgter Familienvater kürzlich an die Fraktionen des Grazer Gemeinderates heran, um auf die Problematik zunehmenden Drogendealens vor seiner Haustüre im Bezirk Lend aufmerksam zu machen. Die besondere Dramatik stellt jener Umstand dar, dass sich der faktisch ungehinderte Drogenhandel in unmittelbarer Nähe zur Volks- und Hauptschule Kepler in der Nähe des Lendplatzes abspielt.

Im Sommer vorigen Jahres startete die Grazer Polizei die Schwerpunktaktion „Sommeroffensive“ im Grazer Stadtpark. So wurden bei drei geschnapten mutmaßlichen Drogendealern 142 Päckchen mit Suchtgift sichergestellt. Erst vorige Woche konnte von der Grazer Polizei nach intensiver Observierung mehrerer Personen Cannabis im Werte von mehreren Hunderttausend Euro sichergestellt werden. Auch wurde ein Drogenring zerschlagen, der mit Marihuana, Heroin und Kokain im Stadtgebiet dealte.

Dass die Gemeindepolitik dringenden Handlungsbedarf gegen Drogendealer im gesamten Grazer Stadtgebiet hat, zeigen nicht nur die aufgezählten Beispiele. Bei

einmaligen Schwerpunktaktionen verlagert sich die Problematik eben nur einige Hausecken weiter, und das ist uns sehr wohl bewusst!.

Die Politik darf sich angesichts der aktuellen Problematik, noch dazu in unmittelbarer Nähe zu einer Volks- und Hauptschule, der Sorgen Grazer Familien nicht verwehren und muss vor allem zum Schutze unserer Kinder und Jugendlichen sofort handeln.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, mit dem Grazer Polizeistadtkommando in Verhandlung zu treten, um noch vor Beginn der Sommerferien Möglichkeiten auszuarbeiten, damit - vorerst im Bezirk Lend (Bereich Keplerstraße) - eine gezielte und mehrmonatige, wenn nicht sogar ganzjährige Schwerpunktaktion gegen Drogendealer durchgeführt wird? Diese polizeilichen Aktionen stehen unserer Meinung nach nicht im Widerspruch zu Maßnahmen der Drogenprävention und der Betreuung von Drogenabhängigen, sondern müssen diese ergänzen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, Herr Gemeinderat, die Anfrage möchte ich wirklich gerne beantworten, weil wir heute auch schon Gelegenheit hatten, in der Fragestunde darauf einzugehen. Selbstverständlich sind wir mit der Polizei im Gespräch, werden Schwerpunktaktionen auch weiterhin gesetzt, und Sie haben es ja auch selber gesagt, Gott sei Dank ist es gelungen, dort auch den einen oder anderen Drogenring schon zu zerschlagen. Wir schauen uns jetzt auch über das Gewerberecht die Unternehmungen an, wo wir die besonderen Probleme haben, ich hoffe, das wird wieder zur Entschärfung beitragen, also wir lassen da nicht locker, sind aber auch schon bei der Arbeit. Danke.

StRin. **Edlinger**: Ich würde nur gerne nachfragen, weil mich das schon bei Ihrer Antwort in der Fragestunde verwundert hat, nämlich die gewerberechtliche Überprüfung der beiden Unternehmen dort. Die sind ja nicht diejenigen, die die Drogen dealen, da geht es um das Friseurgeschäft und um das Call-Center, ich habe in Erinnerung, dass sogar der Call-Center-Betreiber derjenige war, der sehr geklagt hat, dass quasi vor dem Geschäft und im Umfeld des Geschäftes sich viele Dealer aufhalten. Mich würde jetzt wirklich nur interessieren, weil ich nicht weiß, was da der Hintergrund ist für diese gewerberechtliche Überprüfung, was man hier überprüfen lassen muss aus Ihrer Sicht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das Wichtige ist einmal, ein Unternehmer dort hat in dem Fall auch schon aufgezeigt und gesagt, so geht es nicht mehr weiter. Die Information, die ich hatte, kann ich jetzt auch nicht genau deuten, ich weiß nur, dass das Gewerbeamt jetzt an dieser Situation arbeitet und es betrifft beide Geschäfte. Aber ich kann das einmal in der Stadtregierung dann näher erläutern, ich habe nur heute die Information bekommen, dass da gearbeitet wird, ich weiß auch noch nicht, in welcher Form man sich das genauer anschauen wird.

GR. **Baumann**: Da nun die Diskussion doch eröffnet wird zum Thema Sigmundstadl und mein Name auch schon gefallen ist: Vor 14 Tagen haben wir einen BürgerInnentisch veranstaltet, wir von den Grünen, in der Keplerstraße und da sind einige Ideen gekommen, die ich schon gerne auch in diesem Haus auch deponieren möchte, dann brauche ich nicht extra zu allen Kollegen und Kolleginnen auch in der Stadtregierung gehen. Die Bevölkerung ist dort einerseits belastet von der Situation und fühlt sich natürlich auch ein wenig im Stich gelassen, auch von Ihnen Herr Bürgermeister, weil die Drogenbekämpfung, die Kriminalitätsbekämpfung ist Aufgabe der Polizei, wir wissen, dass die Polizei in dem Bereich eine Arbeit leistet, wo sie aber zu wenig Personal hat, um das ausführlich und gut machen zu können. Das wäre der eine Punkt, die Belastung in diesem Gebiet ist aber auch gegeben durch eine, meines Erachtens, inadäquate Einsetzung der Ordnungswache. Wir haben eine

große Abteilung im Magistrat selber, die sehr wohl fähig oder zumindest befähigt werden muss, da Handlungen zu setzen, in Interaktion zu treten, einerseits mit den Leuten, die sich belästigt fühlen, auf der anderen Seite auch mit den Leuten, die dort im Bereich Volksgarten, Keplerstraße, Sigmundstadl den öffentlichen Raum auch nutzen. Es gibt einen veritablen Nutzungskonflikt, den wir von Seiten der Stadt nicht ganz links liegen lassen sollten. Einige dieser Ideen, die wir da gemeinsam mit den Anrainern und Anrainerinnen gesammelt haben, die im Übrigen von einer Vertreibungspolitik und von einer Säuberungspolitik des reaktionären Teils in der Politik sich gar nicht angesprochen fühlen und gar nichts davon halten, sondern sie wollen ernst genommen werden mit ihren Anliegen, mit ihren Überlegungen. Schon im Sommer, also Ende Sommer letzten Jahres, ich glaube, es war Ende Sommer letzten Jahres, wurden von der Vizebürgermeisterin initiiert die Parkbänke direkt vor der evangelischen Kirche einmal weiter in den Park hineinversetzt, um die Anrainer und Anrainerinnen dort ein wenig zu entlasten. Diese Maßnahme, ganz eine kleine Maßnahme, diese Maßnahme hat dazu geführt, dass sich die Anrainer und Anrainerinnen da in dieser Weißeneggergasse sehr bedankt haben bei uns, weil dort Maßnahmen gesetzt worden sind. Dass wir die Drogenkriminalität durch diese Maßnahme nicht entschärfen, wissen wir, dass es da auch zu einer Verlagerung der Drogenkriminalität kommt, ist eine andere Sache. Vielleicht, ich bin jetzt noch nicht vorbereitet gewesen, dass wir diese Diskussion führen, aber ich habe ein Schreiben an den Herrn Bürgermeister geschickt und lese nur vor, was wir kurzfristig machen können.

Zwischenruf GR. Schröck: Das ist eine Anfrage.

GR. **Baumann:** Wenn Sie die Geschäftsordnung des Gemeinderates in der Zwischenzeit lesen wollen, bitte gerne, die Diskussion zum Thema Sigmundstadl/ Keplerstraße ist eröffnet und wir werden sie führen, lieber Kollege.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Das will ich nicht wissen.

GR. **Baumann:** Wollen Sie es nicht wissen? Ok. Ja dann bitte draußen gibt es was zu trinken (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Ein wichtiger Schritt wäre, dass wir von der Stadt her, einerseits von der Verwaltung, aber auch von Seiten der Politik, uns der Diskussion oder den Diskussionen in dieser Gegend stellen, das ist heute schon gefallen, BürgerInnenforum einzuladen, um auch die konstruktiven Vorschläge der Kolleginnen und Kollegen, die dort wohnen, auch aufzugreifen. Damit der Eindruck nicht entsteht, dass das rechte Murufer da ein wenig stiefmütterlich behandelt wird von Seiten der Politik, von uns, aber auch von Ihnen, Herr Bürgermeister. Dieser erhöhte Einsatz der Polizei, der schon öfter gefallen ist, der wurde im Übrigen von Anrainern und Anrainerinnen, und bei dieser Veranstaltung waren zirka 60 Personen, sehr wohl registriert und auch für positiv empfunden, wir wissen aber, der Präventionskongress, der vor ungefähr einem Monat in Graz stattgefunden hat, dass die Präsenz von Polizei das subjektive Sicherheitsgefühl nicht stärkt. Für eine kurzfristige Aktion sieht man die Polizisten, und ganz im Gegenteil, wenn dort immer Polizei da wäre, würde das subjektive Sicherheitsgefühl niedriger werden, weil sozusagen dadurch auch diese Gegend als gefährliche Gegend wahrgenommen wird. Das wollen wir im Bereich des Sigmundstadls nicht. Ich hätte gerne über die Aktivitäten der Polizei Informationen, wie viele Anzeigen gibt es, wie viel Festnahmen gibt es, was passiert mit diesen Anzeigen, gibt es Anklagen genau aus dieser Gegend um den Sigmundstadl heraus? Das wäre brennend notwendig, da so etwas, wie ich schon einmal in einem dringlichen Antrag auch gefordert habe im Bereich dieses Monitoringsystems, dass wir Daten haben, Informationen haben über die Arbeit der Polizei, wenn es um ausgewiesenes Problemgebiet geht. Das bezüglich der Gewerbeordnung ist schon gefallen, ich hätte auch gerne, dass es konkrete Aufträge gibt von Seiten des Herrn Bürgermeisters in Bezug auf die Ordnungswache, konkrete Aufträge und auch konkrete Berichte dann an diese noch nicht vorhandene Monitoringstelle, aber zumindest im Stadtsenat, dass darüber diskutiert wird, was passiert denn mit den Ergebnissen, was sieht die Ordnungswache, was ist zu tun, was sehen auch die Wirtschaftsbetriebe, was sehen die Streetworker, die dort aktiv sind, welche soziale

Entwicklung nimmt diese Gegend rund um den Sigmundstadl? Ein weiterer wichtiger Schritt wäre jetzt, nicht zur Bekämpfung der Drogenkriminalität, aber zur Unterstützung der Jugendlichen, die in diesem Gebiet wohnen und leben, dass mehr Streetworker oder überhaupt Streetworker in diesem Gebiet zum Einsatz kommen. Streetworker sind Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen, die Kontakt aufnehmen mit den Jugendlichen in den Parks, die Beziehungsarbeit leisten und es wäre ein Schritt in Richtung der Präventionsarbeit, die im Bereich der Drogenproblematik immer wieder auch zu machen ist. Zu dieser Monitoringgeschichte, ich weiß, dass Sie da hinten im rechten Eck überhaupt kein Interesse haben an einer Lösung dieser Problematik...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Ach hör auf.

GR. **Baumann:** Dann hören Sie zu, diese Zwischenrufe sind so nervig.

Zwischenruf: Ihr seid es als Ganzer.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Ihr befürwortet die Freigabe von Drogen und dann willst du hier reden.

GR. **Baumann:** Kommen Sie heraus, führen Sie die Diskussion, aber Unterstellungen, dass ich aufhören soll zu reden, nur weil es Ihnen langweilig ist, aber es scheint doch so zu sein, dass Sie das interessiert und dass Sie zuhören, weil

sonst wären Sie hinausgegangen. Sigmundstadl ist ein Problem, Herr Sippel, und wenn Sie keine Ideen haben, wie das zu lösen ist...

Bgm. Mag. **Nagl**: Darf ich wieder alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates ersuchen zuzuhören, der Herr Gemeinderat ist am Wort.

GR. **Baumann**: Wenn wir vor zwei bis drei Monaten diese Monitoringstelle bereits installiert hätten, wo diese Sichtweisen der unterschiedlichen Personen, die im öffentlichen Bereich tätig gewesen sind, zusammentragen, dann wäre ich sicher davon überzeugt, dass das Problem, das jetzt sich vergrößern könnte, in den Griff zu bekommen ist. Die Sicherheit hätten wir nicht, aber wir hätten die Informationen, wie sich die Gegend dort, wie sich dieses Gebiet entwickelt. Weiterer Vorschlag, im Bereich der Gemeinwesenarbeit könnte dieses Gebiet rund um den Volksgarten, soll das Annenstraßenviertel als eines dieser Pilotprojekte installiert werden. Aber dazu braucht es Vorarbeiten, die gemacht werden müssen, und ich sehe da im Moment noch nicht so die Bereitschaft, diese Gemeinwesenarbeit auch ausreichend mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Mittelfristig wäre es sinnvoll, Kollege Schneider hat es schon eingebracht einmal, die Ordnungswache umzubauen in eine soziale Interventionstruppe/-gruppe, eine Einheit, die sehr wohl Ordnungsaufgaben zu tätigen hat, gleichzeitig aber auch soziale Interventionen setzen kann, Konflikte schlichten könnte, Konflikte regeln könnte. Wir brauchen eigentlich diese Ordnungswache, diese Personen, die im öffentlichen Raum sich um diese Konflikte kümmern, sehr wohl. Auch ein direktes Projekt zur Betreuung der Menschen im Volksgarten, das im Übrigen von Kollegin Elke Edlinger initiiert werden könnte, sollte vom Herrn Bürgermeister initiiert und verlangt werden. Also auch die Sozialstadträtin zu beauftragen, etwas zu erarbeiten im Volksgarten, ich vermisse da auch die Aufträge, die Sie geben, Herr Bürgermeister. Und zum Schluss noch vielleicht in unserem Ressort, im Ressort der Lisa Rücker wäre natürlich auch noch zu schauen, wie könnten wir diese Gegend auch verkehrstechnisch oder dass die Belastung, die ja auch entsteht, die Anrainer und Anrainerinnen haben erzählt, dass sehr viele

Menschen aus Graz-Umgebung oder aus der ganzen Steiermark in dieser Weißeneggergasse, Sigmundstadl einfahren, um Drogen zu kaufen, da kann man verkehrstechnisch sich was überlegen, wie man diese Gegend da auch beruhigen kann. Langfristig werden wir nicht hinwegkommen, uns ausführlich mit den Integrationsmaßnahmen vor allem auch am Arbeitsmarkt für Asylwerber und Asylwerberinnen auseinandersetzen zu müssen, diese Aufgaben werden wir erfüllen müssen, weiters müssen die Drogenpräventionsmaßnahmen und die Maßnahmen der Gesundheitsförderung im Bereich der Drogenkonsumenten/-konsumentinnen geschaffen werden. Die heutige Antwort von Stadtrat Riedler hat ja gezeigt, dass das Konzept der drogentherapeutischen Anlaufstelle ja soweit auch goutiert und unterstützt wird, dass wir kurz vor der politischen Entscheidung stehen, diese hier auch einzuführen. Wenn Sie an einer weiteren Diskussion interessiert sind und Lösungsvorschläge von unserer Seite und auch von Seite der Anrainer und Anrainerinnen erhalten möchten, Herr Bürgermeister, dann lade ich Sie ein, mit uns gemeinsam so ein BürgerInnenforum zu organisieren und da direkt im Volksgarten oder im Sigmundstadl die Diskussion weiterzuführen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics:** Etwas kürzer als der Vorredner, weil der Heinz ein bisschen die Rettung der Welt anhand des Volksgartens. Es waren bei vielen guten Anregungen, es ist sehr weit reichend, weil viele Dinge, die du ansprichst, gelten ja generell für das Zusammenleben in unserer Stadt und ich glaube, dass wir genau in dem Bereich Gemeinwesenarbeit einmal den ersten Schritt setzen müssen, dass wir diese Gemeinwesenarbeit einmal implementieren, dort wo es nämlich genau um die Entwicklung der Räume geht. Nämlich es wird ja dann auch im Bauamt angesiedelt sein, aber andere Punkte muss ich aber dazusagen, weil ich glaube, dass man bei aller Sozialarbeit und bei allem Reden miteinander auf die Polizei und auf wirklich hartes Durchgreifen nicht verzichten können, weil uns die Streetworker im Zusammenhang mit unserer Bitte, auch dort entsprechend Überlegungen einmal anzustellen, Bereitschaft signalisiert haben, stärker dort in diesem Bereich auch tätig zu werden, aber als Erstes gefordert haben, dass gerade auch die Jungen, nämlich die Jugendstreetworker, Drogenstreetwork hat dazu jetzt nicht Stellung genommen, die Jugendstreetworker, es muss zuerst den Jungen, die dort aus ihrer Sicht, nach

ihren Beobachtungen, sie sind zwei-, dreimal in der Woche auch stundenweise im Volksgarten, die dort auch dealen, auch Jugendliche, die dealen, denen muss man die Grenzen aufzeigen. Bevor das nicht passiert, sehen sie keine Ansatzpunkte, wo sie mit Streetwork effizient beginnen können zu arbeiten. Also es hilft in vielen Dingen, und das war auch die Diskussion mit den Damen und Herren aus der Weißeneggergasse, Siegmundstadl. Ich muss dazusagen, ich bin ja selber Anrainer und bin viel im Volksgarten und mir geht es natürlich auch am Wecker, wenn ich vom Kinderspielplatz ohne Probleme beobachten kann, wie jemand die Drogen verteilt und dann, je nachdem wie das Eingreifen der Polizei zu bewerten ist, wenn die Polizei nicht gleich hinüberfährt, wenn sie zufällig doch auftaucht, sondern erst am Ende des Parks wieder zurück und die, die die Drogen verteilt haben, sind schon weg und sind nur mehr die anderen übrig, dann fragt man sich manchmal, ob die Effizienz nicht höher sein könnte und deshalb, das Erste, was man machen muss ist, dass man dort auch Konsequenzen für das Dealen aufzeigt und dass die Polizei noch härter auch die kleinen Fische ermahnt, weil gerade die jungen Leute, die noch nicht mit großen Mengen von Rauschgift unterwegs sind, gerade denen gezeigt werden muss, dass das nicht geht, weil dort vielleicht noch die Chance ist, ihnen auch ein paar andere Dinge im Leben zu zeigen, die sie davor bewahren, genau in diese Falle hineinzutappen, wo man dann ein Dauerleben zwischen Gefängnis und vielleicht selber Abhängigkeit einschlägt. Das Zweite ist, dass ich glaube, dass man im Volksgarten sehr wohl sich zum Teil auch auf die Seite der jungen Leute schlagen muss, ich bin nicht glücklich über die Diskussion beim Sportplatz, weil dass gerade im Bezirk Lend und Gries relativ wenig Park- und Grünanlagen vorhanden sind, die wirklich nutzbar sind, aber sehr dicht besiedelt ist, ist evident, und ich brauche einen Raum, wo junge Leute auch etwas lauter sein können, und wenn ein Basketball schon dazu führt, dass quasi die Welt zusammenbricht, dann frage ich mich, wo soll man zum Diskutieren anfangen, was für eine Welt bieten wir dann unseren Kindern und Jugendlichen, wenn das Kicken ein Problem ist, weil die Kinder so laut schreien beim Fußballspielen, also wenn das nicht mehr normal ist, auch in einer Stadt, und auch akzeptierbar ist diese Form von Lärm, da möchte ich nicht mitdiskutieren, dass man da Grenzen aufzeigen muss, weil da denke ich mir, das sind Grenzen, die wir locker offenlassen können, weil Kinder und Jugendliche haben ein Recht, in dieser Stadt sich auch zu bewegen, ja und wo sollen sie es denn, wenn nicht in Parkanlagen (*Applaus ÖVP*)? Gleichzeitig sehe ich aber genau dort die Chance,

sollte uns da eine gute Kooperation gelingen zwischen Ordnungswache für die Bagatellsachen, die Ordnungswache ist ein nicht besonders personell groß aufgestelltes Unternehmen der Stadt Graz und es gibt genug, von Müll über Vandalismus bis hin eben zur leidlichen Diskussion des Hundehaltens in unserer Stadt, dass wir im Volksgarten auch die Diskussionen haben, es gibt ja nicht nur die Kriminalität, sondern auch die kleineren Delikte, die die Leute auf die Palme bringen, was ja auch uns die Damen und Herren immer wieder sagen, was halt sonst auch nicht funktioniert. Die Ordnungswache hat ihren Auftrag, die soll in diesen kleinen Fällen einschreiten, die Polizei muss auch ganz massiv, auch bei jungen Leuten, einschreiten, dann sagen die Streetworker, dann macht es einen Sinn, mit den Jugendlichen durchaus auch im Bereich Rücksicht, auch bei Sport und Spiel in den Abendstunden usw. dann macht es einen Sinn, sich solidarisch im Sinne des Streetwork mit Jugendlichen auch auseinanderzusetzen und zu versuchen, da bessere Lösungen zu finden.

Zwischenruf GR. Baumann: Da sind wir nicht auseinander.

GR. **Rajakovics:** Nein, nein, man muss ein bisschen da die Sachen auseinanderklauben, ich bin dafür, dass wir Menschen haben, die sich um die sozialen Fragen, auch als solche ausgebildet, kümmern, dass wir eine Ordnungswache haben, die halt einmal diese kleinen Bagatelldelikte sich anschaut und entsprechend zum Teil der Polizei auch Informationen über Größeres liefert, aber diese kleinen Delikte auch abstrafte, weil von selbst manche Sachen in einer Stadt nicht funktionieren und darauf hingewiesen werden muss, von der Müllablagerung bis zum Hundepatzerl, dass gewisse Dinge nicht gehen und deshalb die Ordnungswache jetzt auch in eine Sozialtruppe umzugestalten, ich halte das für einen falschen Weg, das kann parallel funktionieren, nur ich glaube, dass die Absprache zwischen Streetworkern, Ordnungswächtern, Polizei, zwischen anderen Bereichen der Jugendarbeit durchaus funktionieren kann, ich brauche nicht eine neue Gruppe erfinden, die in der Form erstens einmal finanziert werden muss,

zweitens eine zeitlang braucht, bis ich sie überhaupt aufstellen kann, wenn ich in diesem Bereichen für alle Einzelbereiche Leute habe, die in dieser Stadt tätig sind, die brauche ich ja nur vernetzen.

Zwischenruf GR. Baumann: Die sollen Konflikte lösen, keine Sozialarbeit leisten.

GR. **Rajakovics:** Genau das ist der Fall, wo die Ordnungswache per se einmal nicht zuständig ist, weil wenn zwei aufeinander einprügeln, ist die Polizei zuständig und ich wollte die Ordnungswache ja nicht hineintreiben. Jedenfalls der Volksgarten ist für mich wirklich ein Exerzierfeld. Wenn es uns gelingt, in einer sommerlichen Aktion diese Gruppen an den Tisch zu bringen, um ein gemeinsames Konzept auszuarbeiten und wir gleichzeitig aber die Polizei ersuchen, das muss ich noch einmal sagen, wir sind direkt, das klingt immer so schön, das Grazer Sicherheitskonzept etc, wir sind Richtung Gesetzgeber Land und Bund, aber auch in Richtung Polizei immer nur Bittsteller, weil wir haben keine direkte, wir können der Polizei nicht sagen, wir können sie ersuchen, dass sie aktiver werden, dass sie mehr Personal in diese Richtung schicken, weil vielleicht es nicht notwendig ist, auf gewissen Ausfahrtsstraßen zu sechst zu kontrollieren, ob jemand 50 km/h fährt oder 70, wo meilenweit keiner über die Straßen geht, man muss halt die Schwerpunkte setzen, aber wenn die Polizei möchte, wird das funktionieren, dass man auch einen Schwerpunkt setzt und dann macht es auch aus Sicht der Sozialarbeiter Sinn, verstärkt auch mit Streetworkkonzepten die Jugendlichen, jetzt nicht die jugendlichen Dealer, sondern die Jugendlichen, den Park für sich zurückerobern wollen, auch entsprechend zu unterstützen und da werden wir sicher gut zusammenarbeiten (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Edlinger**: Kollege Rajakovics, wenn du sagst, es geht darum, sich auch ein Stück weit auf die Seite der Jugendlichen zu schlagen, dann gebe ich dir Recht, natürlich ist es unsere Aufgabe zu schauen, gerade in jenen Bezirken, in jenen Vierteln, wo wenig öffentlicher Freiraum zur Verfügung steht, wenig Bewegungsmöglichkeiten, wir auch wissen, dass die Wohnsituation oft eine sehr angespannte ist für die Jugendlichen, besonders darauf zu achten, dass gute Möglichkeiten in einem leider doch nicht allzu großen Park zumindest gegeben sind. Nur eines sage ich dir schon, wenn ein Basketballplatz und ein Bezirkssportplatz als Ganzes quasi mit zwei, drei, vier Meter Abstand vor dem Wohnzimmer der Anrainer geplant wird, dann ist es einfach eine Fehlplanung, deswegen bin ich sehr froh, dass es jetzt wirklich zumindest einmal Gespräche gibt zwischen Liegenschaftsverkehr und Sportamt und man schaut, ob man im Park den Bezirkssportplatz, die Basketballfläche ein bisschen zumindest wegbekommt von der Stelle direkt vor dem Fenster der Anrainer. Ich glaube, auch auf solche Geschichten muss man sehr stark Rücksicht nehmen, ob man nicht durch unüberlegte Planung zusätzlich Konflikte hervorruft, die eigentlich gar nicht notwendig wären erstens. Zweitens, du hast es jetzt irgendwie so dargestellt, quasi Streetworkerinsatz erst dann, wenn quasi die Polizei einmal Ordnung gemacht hat und einmal die Regeln aufgezeigt hat. Erstens sagt ja niemand, es soll keine Polizei im Umfeld und im Volksgarten im Einsatz sein und präsent sein, ganz im Gegenteil, auch hier wurde das immer wieder eingefordert und grundsätzlich muss ich schon auf was hinweisen, die Jugendstreetworker, deren Hauptzielgruppe sind ja nicht die jugendlichen Dealer und mit diesen zu arbeiten, weil ich glaube, da gibt es recht wenig Möglichkeiten, da kann man nur mit ordnungspolitischen Maßnahmen vorgehen, weil Tatsache ist, wir haben halt auch den Jugendlichen, gerade was Arbeitsmarkt anlangt, was Chancen anlangt, wenig anzubieten und schon gar nicht so ein Gehalt, das sie sich offensichtlich jetzt durch Dealen beschaffen können. Das heißt, die Gruppe der Dealer ist ja nicht die erste Zielgruppe der Jugendstreetworker, sondern Du hast ja x, zig, hunderte Jugendliche im Park, die nicht dealen. Und da geht es um den Kontakt und da muss ich nicht warten, dass die Polizei zuerst irgendwie Ordnung oder was auch immer geschafft hat, sondern es geht einfach darum zu schauen, was braucht es an Betreuung, an Kontaktaufnahme, an Unterstützung für die Jugendlichen. Da ist nämlich das, was der Herr Bürgermeister noch nicht beantwortet hat aus der Fragestunde, von der Kollegin Sprachmann gefragt war ja auch danach, es hat einmal ein sehr gutes

Integrationsprojekt gegeben, das für die Jugendlichen Angebote geschaffen hat nach 16.00 Uhr und auch am Wochenende, was sehr gut gelaufen ist, das aber 2007 wieder eingestellt wurde und da war die Diskussion und die Frage, gibt es noch irgendwo einen Spielraum im Integrationsreferat und auch die Zusage Ihrerseits, Sie werden schauen, vielleicht kann man ein anderes Projekt, das schon geplant ist, zurückstellen, um doch im Integrationsbereich für die Jugendlichen auch in diesem Sommer schon was anzubieten. Und jetzt zum guten Schluss noch zu deiner Aussage, es gibt ja viele Stellen, die dort arbeiten und die brauche ich ja nur vernetzen, da braucht es ja nur eine Absprache, genau das ist das Problem, und das ist einfach die Erfahrung, die ich machen musste, wir haben sieben oder acht Magistratsstellen, die für den Volksgarten, für unterschiedliche Fragen zuständig sind, wir haben beauftragte Vereine, die dort tätig sind, die Polizei darüber hinaus ist für den Volksgarten zuständig und viele andere, deswegen habe ich ja im letzten November eingeladen, damit alle einmal an einen Tisch kommen, damit man diesen Austausch und diese Vernetzung herbeiführen und ich kann dir nur aus meiner eigenen Erfahrung sagen, das Schwierige ist, dass nämlich das, was an Ideen, und du wirst es selbst merken, Heinz Baumann, aus eurem BürgerInnenforum, das ihr gemacht habt, heraus, wenn du die Ideen weiter verfolgen willst, wenn du willst, dass was weitergeht, dann ist es mühsam, mühsam, mühsam, weil wir eben keine Stelle haben, die so etwas koordiniert. Der Einzige, der Koordinierungskompetenz hat, ist nun einmal der Bürgermeister. Ich habe mich irgendwie verantwortlich gefühlt, nur, Tatsache, allein wenn ich abstimmen wollte zwischen Integrationsreferat, Sozialamt und Jugendamt, wie schaut es denn aus, was habt ihr denn für kommenden Sommer in Planung, kann ich nicht einfach an die Ämter herantreten und sagen, schickt mir bitte die Beamten, ich möchte das gerne besprechen, sondern zuerst muss ich den Detlev Eisel-Eiselsberg fragen, du, kann ich bitte mit dem Wolfgang Gruber darüber reden, ich muss im Büro vom Bürgermeister Nagl nachfragen, kann ich mit der Frau Köksal vom Integrationsreferat darüber reden, das mag euch lächerlich erscheinen, aber das ist teilweise sogar die Vorgabe. Also ganz konkret, ich kriege, wenn ich im Jugendamt anfrage, keine Antwort, sondern dann heißt es, bitte wenden Sie sich ans Büro des zuständigen Stadtrates und wenn er das Ok gibt, dann können wir da gerne die Datenauskunft, Information oder was auch immer liefern. du hast eine andere Position, du sitzt im Bürgermeisteramt, wenn du wo anrufst, kriegst du jede Antwort, weil eben die Möglichkeit da ist, dass der Bürgermeister koordinieren kann und hier

einladen kann. Das heißt, es ist mühsam und jetzt sage ich dir, weil du auch im Bürgermeisteramt sitzt, auch noch was dazu, was besonders mühsam ist, wenn es halt nicht ausreicht, wenn man in der Stadtregierung was diskutiert und dann heißt es, es wird geprüft, sondern du musst dann noch ein Mail nachschicken nach ein paar Wochen und fragen, was hat denn die Prüfung ergeben, dann kriegt man nicht gleich eine Antwort, dann muss man halt noch einmal nachfragen, auch das macht es sehr mühsam. Das heißt, ich habe mich verantwortlich gefühlt, habe versucht, auch weiterhin zu koordinieren, ich glaube, man könnte es einfacher, billiger haben, indem man sich wirklich konkret überlegt, wer ist die Stelle, wer hat den Auftrag, das zu koordinieren und auch die Genehmigungen und die Kompetenzen, hier auf alle Infos und auf alle Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen zugreifen zu können. Wenn das dann über die Gemeinwesenarbeit, die ihr jetzt immer angesprochen habt, möglich ist und passieren wird, dann soll es mir recht sein, ich befürchte nur halt, dass noch ein, zwei Sommer vergehen werden und wir sehr mühsam nur und sehr langsam vorankommen, bis dann wirklich ein konkretes Projekt auch bezüglich Volksgarten und ein gutes Kooperationsprojekt bezüglich Volksgarten vorliegt (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Mag. Korschelt. In der Zwischenzeit kann ich vielleicht die eine Antwort geben, was wir gewerberechtlich überprüfen wollen. Uns wird von Anrainerinnen und Anrainern mitgeteilt, dass seltsamerweise immer sehr viel los ist im Friseurgeschäft, aber niemand frisiert wird und das Call-Center besteht aus einem PC und einem Telefon und hat auch zusätzlich noch eine starke Getränkeausgabe, aber wir wollen jetzt einmal hinterfragen, wie so eine starke Fluktuation in diesen beiden Geschäften sein kann, wenn unter Umständen diese Arbeiten gar nicht da sind, also das schauen wir uns ein bisschen genauer an auf Wunsch der Anrainer.

GR. Mag. **Korschelt**: Werter Herr Bürgermeister! Ich glaube Max Reinhardt hat das einmal gesagt, die Welt steht nimmer lang, zum Kollegen Rajakovics hätte ich das auch nicht gedacht, dass ich zu 97 %, das was Sie gesagt haben, unterschreiben

kann. Also, wie gesagt, ich kann das vollkommen teilen, also wie gesagt, man sieht ja, langsam kriegen wir Recht, man wird das heute im Laufe des folgenden Abends, des langen Abends oder der folgenden Nacht sehen in der Bettlerfrage usw., gibt es viele Sachen, wo wir heraußen oft schon was gesagt haben, wo heute die ÖVP ja auf Kurs einschwenkt. Also, dafür möchte ich sagen, das kann ich hundertprozentig teilen oder zu 97 % teilen, was Sie gesagt haben. Zum Kollegen Baumann, der immer wieder, ich glaube, Sie sind ja, glaube ich, Motivationstrainer oder so irgendwie, Sie haben irgendwas mit Training zu tun, aber nur beim...

Zwischenruf GR. Baumann: Ich bin so wie Sie Gemeinderat.

Mag. **Korschelt**: Na schon, wir reden auf einer menschlichen Ebene, ich weiß nicht, was Sie sagen, man kann von Mensch zu Mensch auch reden.

Zwischenruf GRin. Binder: Nein, nicht von Mensch zu Mensch.

Mag. **Korschelt**: Aber, Kollegin Altklubobfrau, bitte sind Sie... also ich bin kein Mensch, wollen Sie das damit ausdrücken, dass ich kein Mensch bin? Ihr Kollege schreit ja so, das ist Ihr Kollege, Sie regen sich gerade auf, Kollege Baumann, ich bin jetzt heraußen 17 Sekunden oder 18 Sekunden und Sie explodieren gleich, bei Ihnen muss man aufpassen, dass Sie nicht einem eine auflegen. Sie springen ja gleich auf, wenn man irgendetwas sagt (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Der Kollege Topf muss eh schon sitzen bei Ihnen als Trainer und Sie niederhalten im Auftrag der ÖVP wahrscheinlich. Ich will ja gar nicht witzig sein, das Thema ist ja viel zu ernst, um witzig zu sein. Aber jetzt noch auf Ihre Rede zurückzukommen...

Zwischenruf GR. Baumann: Nur weil es die Löwingerbühne nicht mehr gibt.

Mag. **Korschelt**: In Innsbruck gibt es die Pradler Ritterspiele, da könnten Sie auftreten, weil da gibt es immer einen, der kommt dann zum Schluss dann und sagt,...

Bgm. Mag. **Nagl**: Zur Sache bitte.

Mag. **Korschelt**: Ich komme eh zur Sache dann. Nur ich möchte nur sagen, Kollege Baumann, und Sie werden uns das nicht nehmen, da können Sie noch so heraußen schreien, wir haben einen anderen Zugang zur Sache. Mag sein, dass Sie immer wieder, und das ist ja Ihre Fraktion, der Zugang ist ja die Freigabe der Drogen und das ist ja ein Grund, warum so lustig durch die Gegend gedealt wird, das ist ja diese Freigabe der Drogen, aber das werden Sie uns nicht nehmen. Unser Zugang heißt, jede Hilfe den Süchtigen, ganz klar, überhaupt kein Problem, und das kann mir niemand sagen, Herr Bürgermeister weiß es, wir sind ja oft genug in Gremien gewesen und wie gesagt, mir tut jeder, der da unten am Hauptplatz steht, tut mir im Herzen leid und wie gesagt, ich bin Vater selber von drei Kindern, ich bin froh, und jeden Tag kann ich dem lieben Gott danken, dass da kein Kind von mir steht, also jede Hilfe den Süchtigen. Aber, und das sage ich auch und das unterscheidet uns, jede Strafe, harte Strafe den professionellen Dealern, das ist unser Zugang und da haben Sie anderes getan, das sehen Sie anders dann (*Applaus FPÖ*), weil wenn Sie natürlich daherkommen und sagen, die Ordnungswache, die soll jetzt warme Eislutscher verteilen, da bin ich nicht dafür und da haben Sie Politik noch mit weichem B geschrieben, haben unsere Vorfahren im Gemeinderat schon eine Ordnungswache verlangt und die ist ja dann auch eingeführt worden, das war immer eine Idee von uns dann, also die ist ja inzwischen eingeführt worden. Und die Ordnungswache sollte Ordnungswache bleiben, die sollte dafür da sein eben, wie

der Name sagt, für die Ordnung, die kommt ja von Deutschland, das andere, das Sie wollen...

Zwischenruf GR. Baumann unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Jetzt lassen Sie mich einmal ausreden, dann können Sie eh sofort explodieren, es nimmt Ihnen eh niemand dann oder bitte wollen Sie was sagen dazu?

Zwischenruf GR. Baumann: Sie haben nicht zugehört.

Mag. **Korschelt**: Ich höre alles zu, aber ich bin kein Mensch dann usw., ich bin ja dumm, was ich da schon alles gehört habe...

Zwischenruf GRin. Binder: Niemand hat Sie dumm genannt.

Mag. **Korschelt**: Nicht von Ihnen, aber das kommt ja immer wieder, die Kollegin, meine Lieblingsaltklubobfrau, die Frau Oberlehrerin tut jetzt wieder so zeigen, wir sind ja nicht in der Schule. Frau Kollegin, wir sind ja nicht in der Schule und ich bin 57 Jahre alt und brauche keine Belehrungen von Ihnen. Ich beschimpfe ja niemanden, wenn Sie da heraußen zeigen so wie na du Schlimmer heraußen, was ist denn das dann? Aber jetzt noch zum Kollegen Baumann...

Zwischenrufe: Zur Sache.

Mag. **Korschelt**: Ich rede, was soll ich, ich muss ja zur Sache reden, bleibt mir nichts anderes übrig, aber noch einmal zum Kollegen Baumann, wenn Sie kommen und sagen, die Ordnungswache sollte jetzt durch die Reihen gehen und alle schulterklopfend durch die Reihen gehen, na du Braver usw., beim nächsten Mal tust das nicht mehr, das ist nicht unser Zugang. Unser Zugang ist, die Ordnungswache sollte ihren Aufgaben nachkommen und in zweiter Hinsicht, wenn sie zusätzlich, wenn die Stadt genug Mittel hat, ist überhaupt nichts einzuwenden, wenn es noch eine zweite Truppe gibt oder wie auch immer, die sich dann um dieses Problem kümmert, da habe ich auch nichts dagegen. Aber nur, wir tun uns schwer, diese 17 oder 18 Leute von der Ordnungswache überhaupt zu bezahlen, wie wollen sie das andere machen? Deswegen ist unser Zugang, es sollte jetzt einmal die Ordnungswache, das hat die Kollegin auch gesagt und der Kollege hat es auch gesagt, wenn so etwas vorkommt, dann muss zuerst einmal gestraft werden und dann kann man erst streichelnd durch die Reihen gehen. Ihr Zugang ist, zuerst streicheln und dann strafen, also da unterscheiden wir uns (*Applaus FPÖ*).

10) Baulücke Lendplatz 38

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Fabisch**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir bleiben im Bezirk, allerdings geht es hier um den Altstadtsschutz.

Der Lendplatz, vor noch nicht langer Zeit einer der romantischsten Plätze in Graz mit „biedermaierlich-vorstädtischem Charakter“ (ASVK), verliert Stück für Stück sein einzigartiges Flair. Gesichtslose Neubauten verdrängen architektonische Beispiele aus dem 19. Jahrhundert oder noch Älteres.

Auch das an zentraler Stelle gelegene Haus Lendplatz 38 wurde, nachdem notwendige Renovierungen versäumt wurden, dem Verfall preisgegeben. Der Zustimmung zum Abriss (Altstadtschutzzone III) ging das Versprechen des Bauwerbers KETAT voraus, das absolut schützenswerte Steinportal aus dem Jahr 1834, also aus der ersten Hälfte des 19. Jh., auch im Neubau wieder zu integrieren. Die KPÖ hat dem Abriss als einzige Partei trotzdem nicht zugestimmt. Seit unzähligen Monaten ist nun beides verschwunden, sowohl das Haus als auch das Steinportal. Von Bauarbeiten ist nichts zu sehen. Gerüchte über die Gründe des Baustopps machen die Runde.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Haben wir am Lendplatz mit der gleichen hässlichen Langzeitbaustelle zu rechnen wie beim Kommodhaus?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, selbstverständlich tun mir diese Zahnlücken am Lendplatz ordentlich weh, wir haben ja nicht ein, wir haben ja da zwei relativ große Lücken und wir haben uns da sehr angestrengt mit Umbauen, dass dieser Platz nicht nur lebendig ist, sondern auch was zugleichschaut und ich wünsche mir auch, dass die Investoren möglichst schnell zum Bauen kommen, aber dass Sie dort auch das Versprechen einhalten, das Steinportal aus dem Jahre 1834 wieder mitzuerrichten.

11) Abhaltung von zusätzlichen Polizeilehrgängen in Graz

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In unserer Stadt wurden heuer bislang drei Ausbildungslehrgänge für Jungpolizisten abgehalten. Nach einem langen Auswahlverfahren, wo sich insgesamt 1000 Bewerber aus der ganzen Steiermark gestellt haben. Insgesamt werden in den nächsten 2 Jahren 75 bestens ausgebildete Jungpolizisten auf ihren Dienst vorbereitet. Leider ist es nur, wie Sie alle wissen, ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wir erleben gestiegene Kriminalitätsraten, vor allem bei Drogen- und Eigentumsdelikten und es werden dringend weitere und noch mehr zusätzliche Einsatzkräfte benötigt. Deshalb wäre es auch wünschenswert, wenn ein vierter und auch fünfter Ausbildungslehrgang in diesem Jahr oder Anfang des nächsten Jahres von diesen insgesamt 1000 Bewerbern, da sind ja noch einige hervorragende Bewerber, die jetzt noch nicht zum Zug gekommen sind, dabei, wenn der ebenfalls abgehalten werden könnte.

Ich richte daher namens des FPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sowohl mit den zuständigen Stellen der Sicherheitsbehörden als auch mit den zuständigen politischen Kräften auf Bundesebene, vor allem aus den Reihen ihrer Partei, in Kontakt zu treten und sich ausdrücklich für die Abhaltung eines vierten und fünften Ausbildungskurses für Polizisten in diesem oder Anfang des nächsten Jahres einzusetzen?

Sind Sie zudem bereit, im Zuge dieser Gespräche, unter Hinweis auf den tatsächlichen Bedarf auch auf den Verbleib dieser Einsatzkräfte in unserer Stadt zu insistieren?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Berichte über gestellte Anfragen und Anträge im abgelaufenen Geschäftsjahr

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich darf mir kurz 20 Sekunden der Redezeit stehlen und darf erst einmal sehr herzlich die Kameraden von der Freiwilligen Feuerwehr begrüßen, die heute wieder für uns Dienst machen und darf dem hohen Gemeinderat und Ihnen, Herr Bürgermeister, mit Stolz berichten, dass gestern 17 Kameraden die Feuerwehrprüfung mit Auszeichnung abgelegt haben (*allgemeiner Applaus*).

Danke für den Applaus, nun zu meiner Anfrage.

Herr Bürgermeister in ganz kurzen Worten. Wir haben hier immer die Möglichkeit, Anfragen, Anträge zu stellen, sowohl an den Stadtsenatsreferenten, als auch an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, und ich darf des halb namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

A n f r a g e

stellen: Sind Sie bereit, im Sinne des obigen Motivenberichtes in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern der Landeshauptstadt Graz im Zuge der letzten Gemeinderatssitzung eines jeden Geschäftsjahres über den Stand der Erledigung der Initiativen zu berichten?

Bgm. Mag. **Nagl**: Nachdem wir ja jetzt noch 25 Anträge allein vor uns haben, möchte ich schon darauf hinweisen, dass es nicht einfach sein kann, auch das was hier gewünscht wird, auch wieder diesem Gremium vorzutragen, weil das würde unsere Gemeinderatssitzungen auf alle Fälle auf zwei Tage ausweiten. Das was hier gewünscht ist, dass man sagt, all diese Initiativen dann zusammenzufassen, ist natürlich dann auch wieder ein weiterer Aufwand. Wir beschäftigen den Magistrat schon ganz gewaltig und jeder Gemeinderat bekommt ja seine Anfrage auch übermittelt, aber ich werde darüber nachdenken, wie man das vielleicht auch

gleichzeitig an die Klubs ergehen lassen kann, damit jeder dann seine Erledigung auch hat. Ich möchte mich aber noch nicht festlegen und werde mir das ansehen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Verhinderung des Bauvorhabens Rosenbergasse

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Erlauben Sie mir bitte nur ein ganz kurzes Wort, weil ich vorher direkt angesprochen wurde vom Kollegen Baumann. Kollege Baumann, nur ganz kurz. Ich vermute wirklich, dass Sie hier einem massiven Systemfehler in der Selbstwahrnehmung aufsitzen, weil Sie haben nicht das Recht und nicht die Befugnis, ständig Kollegen die Ihnen in irgendeiner Art und Weise nicht genehm sind, zu maßregeln und zu diffamieren. Ich verbiete mir das wirklich. Außerdem wir sitzen nicht da hinten rechts, sondern da hinten links und wenn Sie das politisch gemeint haben, bitte ich Sie auch in Zukunft, hier differenzierter vorzugehen. Ich habe keine Lust, ständig von Ihnen hier fast schon als Halbnazi hingestellt zu werden. Das brauche ich wirklich nicht mehr. Ich verstehe, wenn Ihnen manche Zwischenrufe der FPÖ auf die Nerven gehen, geht mir genauso, aber mir geht Ihre Besserwisserei schön langsam auch auf die Nerven und ich habe es bisher auch hinuntergeschluckt.

Aber nun zu meiner

A n f r a g e :

Auf dem Grundstück am Eck Körblergasse/Rosenbergasse steht eine unter Denkmalschutz gestellte Villa. Auf diesem Areal soll nun ein Riesenimmobilienprojekt

– nämlich der Neubau von 46 Wohnungen - realisiert werden. Die Anrainer der Rosenbergasse wurden offiziell mit dem Edikt über diesen geplanten Neubau - der Baukörper wird eine Gesamtlänge von 75 m und eine max. Höhe von über 26 m Höhe haben - informiert.

Diese besorgten Anrainer haben sich zu einer IG, genannt „Interessensgemeinschaft Lebenswertes Geidorf“, zusammengeschlossen und auch bei renommierten Sachverständigen Gutachten bezüglich des Neubaues eingeholt. Die Gutachten geben der IG hinsichtlich eines räumlichen Leitbildes der Landeshauptstadt Graz sowie bezüglich des Bescheides des Bundesdenkmalamtes zum gegenständlichen Grundstück vollkommen Recht. Das heißt, dass sich das von der Stadt Graz selbst auferlegte räumliche Bild, das das gegenständliche Grundstück als, wie gesagt, „Villenviertel mit offener Bebauung in Gruppen, maximal viergeschossig“ sieht. Durch den Neubau würde auch der Denkmalschutz verletzt werden. Scharfe Kritik an der neuen Immobilie kommt auch von Klimatologen, die durch die geschlossene Verbauung eine Unterbindung der Frischluftzufuhr in diesem Gebiet sehen. Das Grazer Bauamt hat bis dato noch keine Stellung zu den Einwendungen genommen. Der Bau von Wohnungen ist durchaus förderlich, sollte in diesem Gebiet jedoch architektonisch so gestaltet sein, dass das Landschaftsbild nicht derart zerstört wird.

In diesem Zusammenhang stelle ich daher folgende

A n f r a g e ,

1. Warum wird in dieses vom Bundesdenkmalamt als so erhaltenswert bezeichnete Ensemble mit bundesweitem Stellenwert ein Riesenwohnblock hineingebaut und das Gesamtbild gestört?
2. Warum wird dieser nicht zu bestreitende Tatbestand trotz der Feinstaubmisere der Stadt Graz (insbesondere Belastung der Bergmannsgasse) nicht behandelt und warum ist ein von Univ.-Prof. Lazar erarbeitetes Gutachten nicht dem Ediktalverfahren beigelegt worden?

3. Aus welchem Grund hat sich die derzeitige Stadtregierung von diesen vernünftig erscheinenden Zielen abgewendet und versucht nicht, zumindest nie mehr gutzumachende Bausünden zu unterbinden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Herr Gemeinderat, für diese Anfrage. Ich kenne die Damen und Herren, die in den anliegenden Gebäuden wohnen, mittlerweile sehr gut, weil es natürlich schon viele Sitzungen, viele Diskussionen zu diesem Thema gegeben hat. Prinzipiell muss man einmal darauf hinweisen, dass der Gemeinderat sowohl im Stadtentwicklungskonzept als auch im Flächenwidmungsplan auf diesen Grundstücken, die ursprünglich nur dieser Villa zugeordnet waren, aber verkauft wurden, eine solche Dichte ausweisen, dass eine solche Möglichkeit einmal prinzipiell da ist. Man muss sagen, der Gemeinderat hat auf diesen Flächen eine Dichte ausgewiesen, dass unter Ausnutzung dieser Dichte ein Bauwerk von 70 Metern auch in dieser Höhe einmal denkbar erscheint. Es handelt sich auch nicht um einen Eingriff in ein Landschaftsbild, sondern dieses Ortsbild dort mit dem bundesdenkmalgeschützten Villenbereich hat bislang auch zu keiner Entscheidung geführt. Es gibt ein Gutachten der Stadt Graz aus dem Planungsbereich, das einen solchen Bau befürwortet. Die Pläne liegen jetzt bei Dr. Engl, und es geht eigentlich nur um die Genehmigung dieses Bauwerks, ich selbst habe auch mitveranlasst, dass wir noch einmal alle Gutachten, auch die des Prof. Lazar, noch einmal uns anschauen und auch bewerten und wir sind eigentlich nicht in einer politischen Debatte drinnen, sondern wir sind in einem geregelten Bauverfahren, das heißt, eigentlich hat der Bauwerber, wenn er alle Gutachten vorlegen kann und diese auch von der Behörde gewürdigt werden, einen Rechtsanspruch darauf, dass er dort bauen kann, das macht das Ganze relativ schwierig. Ich habe mit dem Herrn Dr. Engl vor, mir dieses Projekt in allen Punkten und allen Einzelheiten noch einmal anzuschauen, wir haben dort genau eine Schnittstelle, jene Damen und Herren, die diese Bebauung und Verbauung dieses Grundstücks jetzt nicht haben wollen, leben ja selbst auch in Wohnhäusern, die mehrere Stockwerke hoch sind. Was natürlich dort schlimm ist, sie verlieren natürlich Sonne und eine Sichtweise, ich hätte mir auch gewünscht, dass dieses Grundstück-Herauslösen in einem anderen Bereich gekommen wäre, weil jetzt haben wir quasi zu allen Blöcken, die dort stehen, auf

einmal einen Querriegel und einen Querbau, den möchte ich in der Form nicht haben, das wissen auch alle Damen und Herren dieser Initiative, die da immer wieder kommen und wir werden schauen, dass wir über den Sommer hin zu einer Lösung kommen, die vielleicht dann zumindest verträglicher ist als das, was jetzt der Fall ist. Aber im Prinzip ist die Anfrage vollkommen berechtigt, große Sorge vieler Anrainer und Anrainerinnen, soweit ich jetzt weiß, ist das Gutachten betreffend Luftqualität etc. von Seiten der städtischen Beamtenschaft in der Form nicht gesehen worden, dass also da die Luftgüte, Luftströme etc. wirklich ein Hinderungsgrund für diesen Bau wären, dort wo wir gerade noch einmal hinschauen, betrifft das Bundesdenkmalamt und auch das Gesamtensemble, das dort steht, vielleicht ist da eine Möglichkeit, noch einmal in das Projekt einzugreifen. Wir gehen da sehr behutsam vor und werden selbstverständlich darüber berichten (*Applaus ÖVP*).

14) Suche nach geeigneten Postpartnern in Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Das Postthema hat ja heute schon Platz gegriffen. Ich kann mich daher etwas kurz fassen. Ich möchte unsere Position vom BZÖ ganz klar legen, dass wir auch für die Erhaltung der Postämter sind mit ihren Dienstleistungsstrukturen. Nichtsdestotrotz müssen wir der Gegenwart ins Auge sehen und müssen natürlich schauen, dass was die Zukunft anbelangt, die Infrastruktur, so weit es geht, erhalten bleibt. Nachdem jetzt eine neue Struktur geschaffen wurde österreichweit, seitens der Post die Einrichtung von Postpartnern, die zwar nur ein eingeschränktes Leistungsspektrum anbieten, möchte ich die

A n f r a g e

an den Bürgermeister stellen: Was gedenkt die Stadt Graz zu tun, um geeignete Postpartner zu finden, damit eben dieses Leistungsangebot nach oben hin

abgerundet wird, um den Kundinnen und Kunden ein möglichst großes Service auch in Zukunft zu bieten?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals für diese Anfrage, auch da möchte ich darauf verweisen, dass diese Vorschläge von mir ganz schnell gekommen sind in der Postdebatte und ich gesagt habe, liebe Post, könnt ihr nicht drüber nachdenken, dass wir Standorte quasi nicht schließen und dafür Postpartner und Postpartnerinnen finden. Faktum ist, dass uns auch bei diesem Treffen mit der Post klar mitgeteilt worden ist, dass sie das im verdichteten Bereich nicht einmal andenken, weil es wieder zur gleichen Konkurrenzierung käme und die Betriebsergebnisse der übrigen Filialen nicht besser werden würden. Sie haben dieses Konzept aber durchaus schon angewandt, auch in städtischen Regionen, allerdings eher in den Randbezirken, also ganz konkret auf eine Frage, ich glaube, einer der Gemeinderatskollegen hat die Frage gestellt, ja was wäre denn, wenn in Mariatrost oder in der Ragnitz geschlossen werden würde, dann war sofort die Antwort der Post, dann würden wir dort Postpartnerfilialen auch genehmigen und zulassen. In den Bereichen, wo sie jetzt de facto sperren, halten sie es für kontraproduktiv, weil beide auf Grund der Faktenlage, die sie jetzt haben, nicht überlebensfähig wären. Also der Postpartner, den du dann hineinlockst, hat fast keine Chance, da positive Zahlen zu schreiben und die Post selbst hat ja auch gesagt, wir wollen von den 16 Negativen, bleiben noch 11 übrig, auch zu Positiven werden, das ist der Grund, wieso sie es im Moment in Graz nur in äußersten Randlagen andenken würden, wenn sie weitere Postschließungen ins Auge fassen, das möchte ich da nur auch hier klar zur Antwort geben. Im Prinzip war das sowieso schon immer auch in der Diskussion ein Vorschlag von uns, nicht sperren, aber sie haben klar gesagt, es nicht zu tun bei diesen fünf Filialen.

GR. Mag. **Mariacher**: Das sollte die oberste Priorität sein, Nicht-Sperren. Danke.